

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Monatspreis 2.50 Mk., halbjährlich 13.50 Mk., jährlich 26.00 Mk. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1876.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die schlagbaltige Annoncen-zeile über deren Raum 20 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichtigungs- und Bekanntmachungs-Anzeigen 50 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pfg. (zulässig 2 fertige Blätter), jedes weitere Blatt 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Blatt 10 Pfg., jedes weitere Blatt 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 16. November 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Konzentrische Verfolgung der serbischen Armee.

Zum 25jährigen Bestehen der Generalkommission der Gewerkschaften 1890-1915.

Am 17. November 1915 kann die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Es war das Sturmjahr 1890, das sie ins Leben rief — jenes große Jahr, als das deutsche Proletariat in der Februarrevolution dem Ausnahmegesetz und seinem Schöpfer Bismarck den Todesstoß versetzte und als auch die Partei ihre Organisation wieder aufrichten konnte. Die gewerkschaftliche Einheit ist damals aus Machtkämpfen mit dem Unternehmertum hervorgegangen. Nachwehen der ersten Rasterausperrungen und Angriffe der Arbeitgeber auf das Koalitionsrecht der Arbeiter gaben den Anstoß zur Einberufung der ersten Gewerkschaftskonferenz am 16. und 17. November 1890 in Berlin und zur Einsetzung einer zentralen Kommission, die sich als „Generalkommission“ konstituierte. Sie sollte den Gewerkschaftskongress vorbereiten, eine möglichst vollkommene Organisationsgrundlage schaffen, Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter abwehren und schwachen Organisationen beistehen. Die Generalkommission hatte in der ersten Zeit einen schweren Stand. Der Druck der Krisis lähmte die Gewerkschaftskämpfe, lähmte die Gewerkschaftsarbeit, schuf Mißtrauen und Kleinmut, der sich bald gegen die neue Zentrale wandte. Die Darlehen, die sie zur Unterstützung ausrichtloser Kämpfe ausnahm, das „Correspondenzblatt“, das sie herausgab und das Geld kostete, der von ihr aufgestellte Organisations-Entwurf, der die Lokalorganisation verneinte, aber auch den Freunden des Industriebundes nicht weit genug ging, wurden Angriffspunkte gegen sie. Eine Vorstandskonferenz 1891 zu Halberstadt billigte zwar ihren Organisationsentwurf, entzog ihr aber das Recht der Streikunterstützung, um deretwillen man sie gegründet hatte, und finanzierte sie durch Beiträge der Gewerkschaften. Diese Pflichtbeitragsleistung zog der Generalkommission weitere Gegnerschaft zu. Der erste Gewerkschaftskongress modifizierte die Organisationsgrundlage, indem er die Bildung von Unionen durch den Abschluß von Kartellen als Uebergang zu Industriebänden erachtete. Er führte zur Ausschließung der in Berlin besonders zahlreichen Lokalorganisationen, die die „politische“ Gewerkschaft dem „Unterstützungsverband“ vorzogen. Der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen währte schon seit 1884, nahm aber nach dem Halberstädter Kongress die schärfsten Formen an. Indes benutzte die Verbände die nächsten Jahre zum zielbewußten Ausbau im zentralistischen Sinne: sie erhöhten die Beiträge, verbesserten das Unterstützungsweien, zentralisierten die Streikunterstützung und Streikreglementierung, schufen geordnete Lokal-, Bezirks- und Zentralverwaltungen und standen beim Eintritt der günstigen Konjunktur 1895 ungleich schlagfertiger da, als die lokalen Fachvereine, deren bester Rückhalt die örtlichen Kartelle waren. Damit war der Kampf bereits zugunsten der Verbände entschieden. Die spätere Zusammenfassung der Lokalistens hat es nie über 20 000 Mitglieder im Reich gebracht.

Doch war damit der Bestand der Generalkommission noch nicht gesichert. Noch einmal umtobte sie der Sturm auf dem zweiten Kongress 1896 zu Berlin, der sie zu verschlingen drohte. Diesmal handelte es sich um die Beitragspflicht der Gewerkschaften, um das „Correspondenzblatt“, um das Hinübergreifen in sozialpolitische Aufgaben, das man ihr besonders in Parteifreien verargte, und um den Entwurf eines zentralen Streikreferendums, durch den die erstarkenden Verbände sich benachteiligt wählten. Der Entwurf fiel dem rasenden See zum Opfer, die gewerkschaftliche Einheit ging indes siegreich aus den damaligen Kämpfen hervor.

Es war hohe Zeit, den Kleinmut endgültig zu begraben, denn Unternehmertum und Regierung rüsteten sich bereits zur Unterdrückung der Gewerkschaften. Nach dem großen Hamburger Gasenstreik an der Jahreswende 1896/97 begann die Aera der Vorbereitung der Zuchttausbildung. Die deutsche Arbeiterschaft erhob sich dagegen in einer großartig organisierten Protestbewegung und der dritte Gewerkschaftskongress 1899 zu Frankfurt a. M. gab diesem Protest eine gewaltige Resonanz. Am 20. November 1899 wurde die Vorlage im Reichstag begraben.

Nach der Abwehr dieses Attentats auf das Koalitionsrecht ging das Unternehmertum zur Selbsthilfe über. Es schuf sich neue Kampforganisationen, zentralisierte sie nach dem Muster der Gewerkschaften, gründete Streikversicherungen und rief gelbe Arbeitervereine ins Leben. Vor allem suchte es die Gewerkschaften durch Massenauusperrungen

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. November 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Nordöstlich von Curie wurde ein vorstehender französischer Graben von 300 Meter Breite nach heftigem Kampfe genommen und mit unserer Stellung verbunden. Auf der übrigen Front keine Ereignisse von Bedeutung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
 In der Gegend von Smorgon brach ein russischer Teilangriff unter schweren Verlusten vor unserer Stellung zusammen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
 Nichts Neues.

Heeresgruppe des Generals v. Linlingen.
 Am Anschlag an den Einbruch in die feindliche Linie bei Podgacze griffen deutsche und österreichisch-ungarische Truppen gestern die russischen Stellungen auf dem Westufer des Styr in ganzer Ausdehnung an. Die Russen sind geworfen, das westliche Ufer ist von ihnen gesäubert.

Balkanriegsschauplatz.
 Die Verfolgung blieb überall im Fluß. Gestern wurden im ganzen über 8500 Gefangene und 12 Geschütze eingebracht, davon durch die bulgarischen Truppen etwa 7000 Mann und 6 Geschütze.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 15. November. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 15. November 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.
 Die Kämpfe bei Czartorysk haben gestern den vollen Erfolg herbeigeführt. Der geschlagene Feind wurde aus dem Styrbogen über den Fluß zurückgeworfen. Bei seinem eiligen Rückzuge hat der Gegner alle verlorenen Ortshäuser angesündet. Hiermit haben die vierwöchigen zähen und ruhmvollen Kämpfe um Czartorysk ebenso zum Rückzuge der Russen in ihre ursprünglichen Stellungen geführt, wie die seinerzeit von den russischen Truppen hoffnungslos angelegten Durchbruchversuche bei Siemiatowce an der Strypa.

Die schon gestern angegebene Beute erhöht sich. Sonst sind keine nennenswerten Ereignissen zu verzeichnen.

Italienischer Kriegsschauplatz.
 Die feindliche Angriffstätigkeit an der Isonzofront hat gestern, vielleicht infolge des stürmenden Regens, sichtlich nachgelassen. Im Abschnitt der Hochfläche von Dobers wurde jedoch heftig weitergekämpft.

Am Nordhange des Monte San Michele gelang es den Italienern, wieder in eine durch schwere Artilleriefeuer geschlagene Lücke unserer Stellung einzudringen. Starke feindliche Kräfte, die abends nördlich dieser Einbruchsstelle zum Angriff vorgingen, wurden blutig abgewiesen. Hierauf setzte unser Gegenangriff ein, der das verlorene Frontstück vollständig zurückgewann und dem Feinde außerordentlich große Verluste zufügte. Auch ein starker italienischer Angriff gegen den Monte dei Sei Busi brach wie alle früheren zusammen. Durch die Beschichtung von Görz wurden bisher 58 Zivilpersonen getötet, 50 verwundet, etwa 300 Häuser und fast alle Kirchen und Klöster schwer beschädigt.

Eines unserer Fliegergeschwader besetzte neuerdings Verona mit zahlreichen Bomben.

Südsüdlicher Kriegsschauplatz.
 Alle Armeen verfolgen. Nur stellenweise hält noch der Feind.

Unsere Bisegrader Gruppe hat die Montenegriner über den Lim zurückgeworfen und Sokolovic sowie die östlichen Anhöhen erreicht.

Bei der Armee von Ribes wurden wieder 850 Gefangene eingebracht und zwei Maschinengewehre erbeutet. Im Toplica-Tale ist Protuplje erreicht.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
 v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

zu schädigen. Es ergab sich aber statt des erhofften Erfolges, die gegenteilige Wirkung, daß die Arbeiter zu Hunderttausenden in die Gewerkschaften hineingetrieben wurden. Beim Ablauf des Jahrhunderts hatten diese 680 000 Mitglieder, 1904 hatten sie die erste Million, 1906 die 1 1/2 Million, 1910 die zweite Million überschritten und ihre Vermögen stiegen von 7,7 Millionen (1900) auf 16,1 Millionen (1904), 25,3 Millionen (1906) und 52,5 Millionen im Jahre 1910. Die Tarifverträge, die die Arbeitgeberorganisationen als Kampfswaffe zur Ausdehnung der Kämpfe und Anebelung der Gewerkschaften ausnützen wollten, wurden ein mächtiges Werkzeug zur Verallgemeinerung gewerkschaftlich geordneter Arbeitsbedingungen, die ein neues korporatives Arbeitsrecht, in der Wirkung über das gesetzlich geregelte weit hinausgehend, darstellten.

Auch in der Sozialpolitik blieben die Gewerkschaften nicht untätig. Sie wirkten unermüdet für den Bauarbeiterkampf und hatten den Erfolg, ihre Bestrebungen auf der Internationalen Baufachausstellung 1913 anerkannt zu sehen. Sie propagierten durch Kongresse und Ausstellungen den Heimarbeiterschutz und erreichten ein Heimarbeitengesetz, das freilich noch sehr verbesserungsbedürftig ist, sie forderten die Reichsarbeitslosenunterstützung und schufen dafür in der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung den tragfähigen Unterbau. Sie organisierten die Arbeitervertreterwahlen für Gewerbegerichte und Arbeiterversicherung, gründeten Arbeitersekretariate für Städte und größere Bezirke und ein Zentralarbeitssekretariat in Berlin. Wie erfolgreich dieses Wirken war, bewies die Gegenaktion der Regierung in der Reichsversicherungsordnung. Mit voller Kraft aber nahmen sie den Kampf für Arbeiterrecht und allgemeine Sozialpolitik auf; jeder ihrer Kongresse seit Hamburg 1908 war ein glänzendes Plädoyer gegen den Stillstand der Sozialreform.

Was die Gewerkschaften für die Arbeitslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung, was sie gemeinsam mit der Partei für die Kriegsfürsorge und Lebensmittelversorgung geleistet haben, bedarf keiner Hervorhebung, da es zur Genüge bekannt ist. Bis weit in die Reihen ihrer Gegner hinein hat dieses Wirken ungeteilte Anerkennung gefunden. Für den deutschen Arbeiter werden die Gewerkschaften selbstverständlich nach wie vor dem Kriege die wirtschaftliche Repräsentation bleiben, die der politischen Vertretung, der Sozialdemokratie, getreu zur Seite steht. So lange diese beiden einig und fest auf ihrem natürlichen Boden bleiben, werden sie allen künftigen Stürmen gewachsen sein.

Das Jubiläum der Generalkommission ist auch ein solches für ihren Vorsitzenden Carl Legien, der ein volles Vierteljahrhundert auf diesem Posten steht. Die Generalkommission hat zu ihrem Jubiläum eine Erinnerungsschrift herausgegeben, in der die 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung von 1890-1915 eine geschichtliche Würdigung erfahren.

Der serbische Heeresbericht.

Paris, 14. November. (W. Z. B.) Meldung der Agence Havas: Serbischer Bericht vom 11. November. An der Nordfront zogen wir uns nach erbitterten Kämpfen in guter Ordnung vor dem an Zahl überlegenen Feind auf die Stellungen Troglar-Maglisch-Alexandrowac zurück. An der Ostfront, welche das linke Ufer der südlichen Morava, das Ufer der Binatscha-Morava und den Vorbeingang des Ratschaniapasses umfasst, wurden alle Angriffsversuche des Feindes zurückgewiesen.

Bericht vom 12. November: Wir griffen an und warfen den Feind in Suska- und Kriwatale und im Tale der Binatscha-Morava sowie in der Richtung Tetowickopolit zurück. Am Gabuna besetzten die Serben mit den Alliierten das Dorf Tschitschewo und den Bahnhof Gradska.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 15. November. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 14. November. Die Deutschen versuchten den Ort Veresowka in Richtung Urfal anzugreifen, wurden aber durch unsere Artilleriefeuer zurückgewiesen. In Gegend Dünaburg und weiter südlich bis zum Stypet nichts zu melden. Der heftige Kampf in der Gegend des Dorfes Niedwieze (10 Kilometer nordwestlich Czartorysk) dauert an. Die feindlichen Verluste gegen den Styr vorzugehen, sind durch unser Feuer vereitelt. Bei dem Dorf Podagacze (8 Kilometer nordwestlich Czartorysk) heftiger Kampf.

Russischer Ministerwechsel.

Kopenhagen, 15. November. (W. Z. B.) „Birchetscha Bjedomosti“ meldet: An Stelle Krivoscheins ist Fürst Basitschiloff zum Landwirtschaftsminister ausgerufen. Der Rücktritt Rudkows als Verkehrsminister war eine unabwendbare Notwendigkeit, denn unter seiner Amtsführung war die Wirtschaft fast sprichwörtlich geworden.

Die Petersburger Arbeiter und die nationale Verteidigung.

Aus Rußland wird uns über Kopenhagen geschrieben: Bekanntlich wird jetzt in Rußland nach englischem Muster eine allgemeine „Mobilisierung der Industrie“ zu Kriegszwecken vorgenommen. Ueberall werden „Kriegsauslässe der Industrie“ geschaffen, die aus den Vertretern der Industriellen, der Kommunisten, des Städteverbandes und anderer Organisationen bestehen. Auf der vor ungefähr sechs Wochen in Moskau stattgefundenen Tagung aller dieser Kriegsauslässe ist ein „Zentralkriegsauslaß“ der russischen Industrie gewählt worden. Auf derselben Tagung ist auch beschlossen worden, eine Vertretung der Arbeiter in den lokalen Kriegsauslässen und in dem Zentralkriegsauslaß zu schaffen. Schon früher haben die lokalen Kriegsauslässe der Industriellen hier und da Versuche gemacht, Vertreter der Arbeiter zu ihren Sitzungen heranzuziehen. Meistens wurden Mitglieder der Krankenkassenvereine, als der einzigen noch existierenden lokalen Arbeiterorganisationen, eingeladen; aber diese Versuche scheiterten entweder an der Weigerung der Arbeiter, an den Arbeiten der Kriegsauslässe teilzunehmen, oder an der Einmischung der Behörden, die die Vertreter der Arbeiter in den Kriegsauslässen kurzerhand verhafteten. Denn die Regierung hat Angst vor jeder öffentlichen Betätigung der Arbeiter, selbst wenn diese Betätigung einen patriotischen Charakter annimmt.

Um eine Vertretung der Arbeiter in dem Zentralkriegsauslaß zu schaffen, wurde vom Vizepräsidenten dieses Ausschusses, Konowalow, einem hervorragenden liberalen Politiker und Moskauer Unternehmer, folgender Wahlmodus ausgearbeitet: An der Wahl nehmen teil alle Petersburger Metallfabriken mit mehr als 500 Arbeitern, ferner die größeren Textil- und Lederfabriken, kurz alle auf diese oder jene Weise mit der Kriegsindustrie im Zusammenhang stehenden Betriebe. Die Wahlen sind in drei Klassen: die Arbeiter in den Betrieben wählen Wahlmänner, und zwar je einen auf tausend Arbeiter, die dann in einer gemeinsamen Versammlung zehn Vertreter in den Zentralkriegsauslaß entsenden. Die Vertreter in dem Zentralkriegsauslaß sollten also lediglich von den Arbeitern der Hauptstadt gewählt werden.

In einigen Kreisen der Arbeiter tauchte nun im Zusammenhang mit den Wahlen für den Kriegsauslaß die Idee eines allgemeinen Arbeiterkongresses auf. Demgegenüber erwiderte freilich die Wahlkommission des Herrn Konowalow als eine grobe Entstellung. Nichtsdestoweniger gewann auch diese Wahlkampagne eine enorme Bedeutung, da man den Arbeitern gewisse Konzeptionen machen mußte, um sie überhaupt zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen. Das wichtigste war, daß man ihnen eine gewisse Veranlassung und Rechtfertigung gewährte. Natürlich war es bei den alten Gewohnheiten der Polizei ziemlich schwierig, diese Maßnahmen durchzuführen. Im Zusammenhang mit den Wahlen sind viele Verhaftungen vorgenommen worden und die liberalen Unternehmer, die die Führung im Zentralauslaß haben, mußten große Mühe aufwenden, um die Regierung zu überzeugen, daß es sich hier um einen höchst wichtigen Schritt handele, um die Arbeiter auf die Seite der staatsbehaltenden Ideen hinüberzuführen. Das Ergebnis war ein kolossales Fiasko für die kriegsbegeisterten Liberalen und orthodoxen Unternehmer.

Die Wahlen der Wahlmänner wurden während des ganzen Septembers vorgenommen. An den Wahlen nahmen ungefähr 225 000 Fabrikarbeiter teil, die insgesamt mehr als 200 Wahlmänner wählten. Die Wahlen gestalteten sich zu einer großartigen Enquete über die grundsätzliche Stellung der Petersburger Arbeiter zu den Fragen über Krieg und Frieden, Internationalismus und Patriotismus usw. Es wurden Versammlungen, natürlich nur in den Fabriken, abgehalten, politische Reden gehalten, Programme diskutiert und Resolutionen gefaßt. Die Wahlkampagne bedeutete infolgedessen einen großen Gewinn für die politische Schulung der Petersburger Arbeiter.

Im ganzen sind bei den Wahlen drei geschlossene politische Plattformen aufgestellt worden:

1. Die Plattform der Anhänger des Organisationskomitees (D. A.). Diese Richtung weigerte sich, überhaupt an der Wahl der Wahlmänner teilzunehmen, da sie diese Wahlen als eine Fälschung der öffentlichen Meinung des Proletariats Rußlands betrachtete. Ohne Koalitionstreue und Garantien der politischen Freiheit seien solche Wahlen lediglich geeignet, die Arbeiter irrezuführen. Nur auf einem allgemeinen Arbeiterkongress, der zum Beispiel zur Rot aus den Vertretern der Krankenkassen (gegenwärtig ungefähr 2000 an der Zahl) bestehen könnte, wäre eine Feststellung der Haltung des russischen Proletariats zum Kriege möglich. Diese Plattform hat auf sich die Stimmen von ungefähr 50 000 Arbeitern vereinigt. Die Resolutionen entsprechenden Inhalts sind dem Vorstehenden des Zentralkriegsauslaßes A. Gutschkow noch vor dem 10. Oktober, wo die Wahlmänner der Arbeiter zu einer Sitzung zusammentraten, zugestellt worden.

2. Die Plattform der Anhänger der Lenin-Richtung. Diese Richtung agitierte für die Vornahme der Wahl von Wahlmännern, damit diese letzteren auf der allgemeinen Wahlmännerversammlung die Wahlen in den Zentralkriegsauslaß verhindern sollten. Diese Richtung hat 91 Wahlmänner durchgesetzt, also ungefähr 90 000 Stimmen auf sich vereinigt.

3. Die Plattform der Anhänger für die Nationalverteidigung, bestehend aus Anhängern von Plechanow, der Zeitschrift „Rasche Djele“ und einem Teil der Sozialrevolutionäre. Diese Plattform hat 81 Wahlmänner durchgesetzt, also ungefähr 80 000 Stimmen auf sich vereinigt. Hierzu ist zu bemerken, daß keineswegs alle für die Beteiligung an dem Zentralkriegsauslaß stimmenden Arbeiter auf dem Boden der nationalen Verteidigung stehen. Sehr viele von ihnen wünschten bloß eine Vertretung zu haben, um ihre ökonomischen Interessen verteidigen zu können.

Da die Anhänger des Organisationskomitees an der allgemeinen Wahlmännerversammlung nicht teilgenommen haben, obwohl sie ungefähr 50 Wahlmänner haben sollten, war das Verhältnis der beiden anderen Richtungen zu einander wie 9:8. Mit 91 Stimmen gegen 80 hat sich die Wahlmännerversammlung am 10. Oktober gegen die Teilnahme an der Wahl ausgesprochen. Die Wahlen fanden infolgedessen nicht statt. So haben sich in Petersburg nur ungefähr 35 Proz. aller an der Abstimmung teilnehmenden Arbeiter für die Beteiligung an der „Organisation des Sieges“ oder wenigstens einer „nationalen Verteidigung“ ausgesprochen.

Die Abstimmung der Petersburger Arbeiter bedeutet einen Strich durch die Rechnung des liberalen Unternehmertums wie überhaupt aller bürgerlichen Kreise, die sich in ihrer Kriegsbegeisterung auf die Arbeiter stützen wollten. Diese Entscheidung ist in der Sitzung des Zentralkriegsauslaßes am 12. Oktober deutlich zum Ausdruck gekommen, als Gutschkow über die Petersburger Wahlen berichtete. Daß aber die Unternehmer noch nicht alle Hoffnung aufgeben, zeigt der auf derselben Sitzung gefaßte Beschluß, den Petersburger Versuch in Moskau zu wiederholen.

Parteigenossen!

Werbt in Bekanntheitskreisen für Euer Blatt, den

„Vorwärts“

Ein italienischer Kreuzer beschießt Dedeagatsch.

Safonik, 15. November. (B. Z. V.) Meldung der Agence Havas. Der italienische Kreuzer „Rimonte“ ist am 13. November aus Dedeagatsch zurückgekehrt, wo er die Eisenbahnlinie beschossen und beschädigt hat.

Italiens albanische Expedition.

Lugano, 14. November. (Z. U.) Die italienische Presse bereitet nunmehr, durch die Zensur ganz unbehindert, das italienische Volk auf den Zug nach Albanien vor. Der „Secolo“ begründet den albanischen Feldzug in einem Leitartikel mit der Notwendigkeit, Serbien zu helfen und Italien nicht zu isolieren. Im „Corriere della Sera“ stellt Torre fest, daß Italien keinesfalls eine Vergrößerung Griechenlands in Albanien erlauben werde. Italien glaube übrigens, daß Griechenland für die Entens vollständig verloren sei und erwarte von den Kammerwahlen eine Mehrheit gegen Venizelos. Da die Ereignisse dem König recht zu geben scheinen, sei des Königs Popularität gesteigert, während Venizelos seinen Stern sinken sehe.

Bern, 15. November. (Z. U.) Der Walländer Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß italienische Geschäftsleute gewisse, allerdings nicht offiziell bestehende Geschäftsverbindungen zu deutschen Firmen zu lösen suchen, weil sie die Kriegserklärung Italiens an Deutschland für unvermeidlich halten. — Die zu erwartende Kriegserklärung stehe offenbar im Zusammenhang mit der Teilnahme Italiens am Balkanfeldzug, und es gelte als wahrscheinlich, daß die Regierung mit einem bereits vollzogenen Entschlusse vor die Kammer treten wird.

Von der Dardanellenfront.

Konstantinopel, 14. November. (B. Z. V.) Das Hauptquartier meldet vom 13. d. Mts.: In der Dardanellenfront das gewöhnliche Artillerie- und Handgranatenfeuer. Unsere Artillerie beschloß zwei feindliche Monitore, die sich dem Gestade der Bucht von Saros näherten, und traf den einen mit zwei Geschossen, die eine Feuersbrunst an Bord hervorriefen. Der andere Monitor mußte sich entfernen. Sonst nichts Neues.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 15. November. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Der Feind brachte in der Gegend von Brise (westlich Peronne) einen Rinnenherd zur Entzündung und versuchte, den Sprengtrichter zu besetzen. Er wurde nach ziemlich lebhaftem Kampfe zurückgeworfen. Wir unterhielten ein wirksames Feuer auf dem Bahnhof Chaulnes. Auf der übrigen Front verlief die Nacht ohne Zwischenfall.

Paris, 15. November. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Artois am Labyrinth gelang es den Deutschen heute morgen, durch einen brüskierten Angriff bei der Straße nach Risse, in einen unserer Schützengräben erster Linie einzudringen. Unsere Gegenangriffe warfen sie sofort wieder zurück; der Feind ließ alle Verwundeten auf dem Gelände. Im Loos und Soudiez einfache Kanonade. Nördlich der Aisne führten wir gegen die deutschen Anlagen am Plateau von Noubron eine Feuerkonzentration aus, welche sehr wirksam schien. In der Champagne im Gebiet des Hügel von Le Mednil und auf den Maasböden im Egeballerwald ziemlich lebhafter Artilleriekampf.

Belgischer Bericht: Feindliche Artillerie beschloß unsere Stellungen nördlich und südlich von Dignuiden, Avecapelle, Dost-ferke und Caeskerke werden bombardiert. Unsere Batterien beschossen stark die feindlichen Stellungen von Vele und St. Pierre-cappelle.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 15. November. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern. Im Ledro-Tale eröffnete die feindliche Artillerie von den Abhängen des Rognolo, Monte Pari, Cima d'oro und Rocchetta ein heftiges Feuer gegen unsere Stellungen. Der Feind warf auch Brandgeschosse auf Bezzecca und Pieve di Ledro, ohne jedoch unsere festen Verteidigungswerke beschädigen zu können. Auf der übrigen tirolisch-trentinischen Front und in Kärnten trug sich kein wichtiges Ereignis zu. Am 13. November dauerte die Aktion gestern fort. Wir haben Fortschritte am Javorcel, im Flitscherboden und auf den Höhen nordwestlich von Görz erzielt. Auf dem Karst haben wir ein starkes Befestigungswerk genannt delle Franche, südwestlich von San Martino, erstickt. Im Verlaufe des 12. November führten unsere Flugzeuge bei schlechten Witterungsverhältnissen glückliche Flüge über dem Karst aus, wo sie die Bahnstation Reitenberg, San Daniele, Scovo, Dottogiano sowie die daseitig stehenden langen Züge bombardierten. Ein feindlicher Albatros und ein Aviatikflugzeug, die unterwegs angetroffen wurden, wurden durch unser Maschinengewehrfeuer in die Flucht geschlagen. Unsere Flugzeuge kehrten unversehrt zurück. Cadorna.

Oesterreichischer Ziegerangriff auf Verona.

Verona, 15. November. (B. Z. V.) Drei österreichische Zieger warfen Sonntag früh Bomben auf die Stadt. Dreißig Personen wurden getötet, einunddreißig schwer, neunzehn leicht verletzt. Der Sachschaden ist unbedeutend.

Lugano, 15. November. (Z. U.) „Corriere della Sera“ veröffentlicht folgenden „Augenzeugen“-Bericht zum Bombardement Veronas: Es war am Sonntagmorgen, der sehr neblig war, als um 8 Uhr drei Flugapparate erschienen, auf 1500 Meter herabzugesinken und sofort die Bombenwürfe begannen. Die Piazza d'Erbe war wegen des gerade stattfindenden Sonntagsmarktes von annähernd 3000 Personen besetzt. Die Menge zerstreute sich beim Erscheinen der Zieger und flüchtete teilweise unter den offenen Säulengang der Danabstammung, des Palastes, welcher eine Seite der Piazza einnimmt, im Glauben, genügend durch die Deckengewölbe und Tragbalken geschützt zu sein. Unglücklicherweise fiel eine Bombe auf einen zwei Meter entfernten Steinblock, welcher den Zugangsschacht zur Kanalisation verschließt. Die Bombenplitter spritzten gegen den Säuleneingang in die dicke Menge, hier allein 30 Menschen tödend, 20 schwer und 19 leichtverwundet. Nur die hinter den Säulen Stehenden wurden verschont. Die Fenster zerprangen in weitem Umkreis. Die Presse setzt nunmehr in verstärktem Maße die Gefahr gegen die Barbaren fort und fordert Gegenmaßnahmen. Sie verachtet natürlich, daß Verona Festung und wichtigster militärischer Stützpunkt hinter der Front ist, wo sämtliche Bahnhöfe zusammenlaufen und zahlreiche Städte stehen.

Tätigkeit deutscher U-Boote im Mittelmeer.

Lyon, 15. November. (B. Z. V.) Die hiesigen Blätter melden aus Randia, daß am 12. November der Dampfer „Kassibion“ mit 22 Mann Besatzung des englischen Dampfers „Macalister“, welcher von einem deutschen Unterseeboot versenkt wurde, in Randia eintraf. Von dem übrigen Teil der Besatzung, welche 67 Mann betrug, fehlt jede Nachricht. Die Geretteten erzählen, daß dasselbe Unterseeboot an demselben Tage zwei weitere Dampfer versenkt hat.

Gedanken eines Gewerkschaftlers an der Front.

Krieg und Sozialpolitik.
D. S. Pressequartier, 9. November 1915.
An der Front begegnet man allerhand Grählern. Der eine spinnst über die Ethik, der andere über den Sinn des Krieges; einige beschäftigen sich mit den Fragen über Gewalt und Recht; ein behäbiger Landwehrmann entwickelte mir sein Weisheit über „die Verhältnismäßigkeit aller Lebenswerte“. — Sehr selten trifft man noch einen Menschen, der den Krieg als ein unabänderliches Ereignis und eine Pflicht von Einzelerebnissen wertet. Mehr oder minder setzt jeder sein eigenes Erlebnis in Beziehung zu der Gesamtercheinung, er fühlt sich mit ihr verbunden und zieht daraus seine Schlüsse. Und fast alle, mit denen ich in solche Gespräche hineinkam, gaben der Ueberzeugung Ausdruck, daß eine bessere Bestimmung unter den Wölfen notwendig und möglich sei. Der Instanz des fürchterlichen Zerstoßens von Menschenleben, von Kulturwerten und wirtschaftlichen Werten dränge sich allen mit solcher starker Anschaulichkeit auf, daß nachhaltige Wirkungen nicht ausbleiben könnten. Mit den Worten und Geldopfern, die dieser Krieg koste, sei es möglich gewesen, den Kulturzustand und die soziale Lage der Völker in Europa ganz außerordentlich zu heben.
Ueber die Mittel und Wege zur Sicherung friedlicher Entwicklung gehen naturgemäß die Ansichten weit auseinander. Trotzdem bleibt der Beweggrund und das Zielstreben beachtenswert. Die Meinungen, daß nur starker Müssen den Frieden sichern, streiten mit solchen um den Vorrang, nach denen durch Vereinbarung über Abwägung, über den Ausbau eines internationalen Schiedsgerichts und gemeinsame Friedenspropaganda in allen Ländern das Heil gewährleistet werden könne.
Ueber solche Fragen sprach ich mit einem Gewerkschaftler, der mir erklärte, alle Friedensbestrebungen müßten getragen werden von der Förderung sozialer Bestrebungen in den einzelnen Ländern und von der Ueberwindung engherziger Sonderinteressen. Die falsche zum Beispiel manche Anschauung über Sozialpolitik und gewerkschaftliche Arbeit sei, daß diese dieser Krieg sehr deutlich bewiesen: „Ich will an Schlagworte anknüpfen“, sagte der Gewerkschaftler. „Es gab Leute, die unsere Sozialpolitik als

Humanitätsdusel bezeichneten. Angeblich sollte sie zur Verweichlichung führen. Die soziale Fürsorge, so hat man gemeint, befreie den Menschen von dem Zwang, im Lebenskampfe alle Fähigkeiten zu entwickeln. Das Bewußtsein, in Notfällen Armenunterstützung, Krankengeld, Unfall- oder Invalidenrente zu erlangen, die Gewisheit, daß staatliche Fürsorge die Hinterbliebenen vor Not schütze, untergrabe das Verantwortungsbewußtsein. — Was lehrt nun der Krieg? Zweifellos hat Deutschland bisher die beste soziale Fürsorge. Demgegenüber steht die Tatsache, daß der deutsche Soldat die größten Leistungen vollbracht hat. Das zu beweisen, erübrigt sich hier, kein Mensch wird das zu bestreiten wagen. Der deutsche Soldat, vor allem auch der Industriearbeiter, genügt den unerhörtesten körperlichen Anforderungen, seine Selbständigkeit, geistige Regsamkeit, sein Verantwortungsbewußtsein, hat jede dange Sorge, hat jedes solche Urteil besiegt. Wo aber liegen die Quellen der Kraft, die den deutschen Soldaten zu so staunenswerten Leistungen befähigten? Einmal ist es sein in den Organisationen gewendet und gestärktes Gemeinheitsgefühl und das Bewußtsein seines Anspruches, ein voll und gleichberechtigter Staatsbürger zu sein, dessen Wohl und Wehe innig mit dem Geschick des ganzen Volkes verbunden ist. Nicht blinder Haß gegen andere befehl das deutsche Volk, nicht der Wille, andere zu vernichten. Vereinzelt hysterische Hahnprediger, blindwütige Mundhelden und Kraftmeier sprechen nicht mit, ebenso wenig wie Tollhändler und Kinder im Rate der Vernünftigen. Das deutsche Volk will seine eigene Kultur nicht zerstören lassen, will seine sozialen und wirtschaftlichen Erzeugnisse nicht zerstören lassen, sie nicht im Sumpfe russischer Rücksichtslosigkeit erstickt lassen. Wer die Zustände in Polen und Litauen gesehen hat, den schauert vor dem Gedanken an eine russische Vorherrschaft in Europa. Nur Verblendung könnte ernsthaft zu der Annahme führen, ein stehendes Rußland, gegen Deutschland stehendes Rußland, würde sozialem und politischem Fortschritt dienen. Wenn Rußland solchen edlen Zwecken nachstrebte, müßte es erst im eigenen Lande wenigstens versuchen, auf den von Deutschland gezeigten Spuren zu folgen, ehe es einen Anspruch darauf erheben könnte, als ernstwilliger Kulturförderer zu gelten. Darum erfüllt es uns mit Bitterkeit, nicht mit Haß, wenn aus Frankreich und England immer wieder Stimmen herüberbetonen, nach welchen man mit Rußlands Hilfe die Zerstörung Deutschlands als Voraussetzung des Friedens und der Entwicklung zu größerer politischer

Freiheit und kulturellem Aufstieg fordert. Das beste Mittel zur moralischen, geistigen und körperlichen Stärkung des Volkes sehe ich in einem weiteren Ausbau der Sozialpolitik. Wenn die Arbeiterschaft in den anderen Ländern auf dem gleichen Boden den gleichen Zielen zustrebt, wenn man von der Vorstellung sich frei macht, daß Deutschlands Zerstörung die Voraussetzung freier Entwicklung sei, dann können wir das freudig begrüßen. Die kein anderes Volk hat die deutsche Arbeiterschaft keine internationale Interessensolidarität praktisch befolgt. Das sollte man nicht übersehen und sollte berücksichtigen, wie verbitternd es wirken muß, wenn man uns nun schmäh und verdächtigt. Unser Solidaritätsgefühl und unseren Friedenswillen in Zweifel zu ziehen, hat nach unserem bisherigen Verhalten niemand ein Recht und allgemein sollte man aus der Erkenntnis, daß gewerkschaftliches Streben und Sozialpolitik die beste Quelle der Volkskraft sind, die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen — ohne unsere Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und sonstigen Versicherungen, ohne unsere öffentliche Hygiene und vor allem auch ohne das durch die Arbeiterbewegung geförderte Persönlichkeitsbewußtsein des deutschen Arbeiters wäre das Volk nicht zu solcher Kraftentfaltung fähig gewesen, die es der Welt in diesem Kriege bewiesen hat.
Im Anschluß hieran möchte ich noch einen Punkt streifen, der bei dem Widerstand gegen gewerkschaftliche Forderungen eine gewichtige Rolle spielte. Es ist die Behauptung von der angeblichen Untergrabung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt als Folge sozialer Lasten. In Wirklichkeit bedeuten Aufwendungen für soziale Zwecke keine Belastung, es sind vielmehr die fruchtbarsten Kapitalanlagen. Die mit den Kosten der Sozialpolitik gehobene und vor frühzeitiger Zerstörung gereinigte Volkskraft steht in gar keinem Verhältnis zu den Aufwendungen. Im sogenannten freien Spiel der Kräfte wird Volkskraft nutzlos vergebend; vernünftige Sozialpolitik steigert ihren Reichtum. Deutschland steht mit seinen Ausgaben für Sozialpolitik an der ersten Stelle. Seine wirtschaftlichen Grundlagen sind damit nicht erschüttert, sondern in ungeahnter Weise gesteigert worden. Diese Tatsache hat der Krieg uns und aller Welt deutlich offenbart. Auch diese Lehre muß nutzbar werden! Unsere Organisationen, unsere Sozialpolitik sind des deutschen Volkes allerbeste Nähr- und Kraftquellen!
D. u. e. l. l. Arbeitgeberblätter.

Dom U-Bootkrieg.

London, 14. November. (W. L. B.) Lloyd's berichtet: Der britische Dampfer „Sir Richard Wadry“ ist versenkt worden.

Rom, 14. November. (W. L. B.) Meldung der Agenzia Stefani. Nachrichten aus Kreta besagen, daß der Dampfer „Bosnia“ (261 Tonnen, Navigazione Generale Italiana) bei der kleinen Insel Candia südlich Kreta durch ein U-Boot mit österreichischer Flagge versenkt wurde. Die Besatzung und die Fahrgäste gingen in vier Boote, von denen drei bisher die Insel erreichten. Das vermisste vierte Boot wird gesucht.

Die Geretteten der „Ancona“.

Rom, 14. November. (W. L. B.) Messagero meldet: Nach den von der Auswanderungsbehörde überprüften Angaben wurden von den 507 Fahrgästen und Mannschaften der „Ancona“ 299 gerettet. Die Zahl der an Bord befindlichen Amerikaner beträgt 10, davon wurde einer gerettet.

Südafrikanische Truppen gegen Ostafrika?

Raphadt, 14. November. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. In einer Rekrutierungskonferenz sagte Smuts, daß 10 000 Mann südafrikanischer Truppen nach Ostafrika geschickt werden sollen. Die Alliierten, sagte der Minister, hätten alle Hände voll zu tun. Man könnte von Großbritannien nicht erwarten, daß es für alle Feldzüge der Welt Mannschaften zur Verfügung stelle.

Johannesburg, 14. November. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Smuts wird das Kontingent beschließen, das nach Deutsch-Ostafrika geschickt wird. Wenn nötig, wird die Union 25 000 Mann entsenden.

Aus England.

Soldatenwerbung unter Gewerkschaftsführern. Am 7. November haben die an der Rekrutierung teilnehmenden Gewerkschaftsführer und das Londoner Gewerkschaftskartell auf dem Trafalgar-Square, der so manche mächtige Kundgebung der Londoner Arbeiter für ihre Ideen gesehen hat, eine Demonstration veranstaltet. Die „Daily News“ sagen, es sei die außerordentlichste Versammlung gewesen, die dieser berühmte Platz gesehen habe. Es sprachen u. a. Ben Tillet, der Vorsitzende des Gewerkschafts-Kongresses Gosling, Will Thorne, der romantische Rebell Cunningham Graham. Das Publikum war überaus bunt: Arbeiter, Bourgeois, belgische, kanadische, australische usw. Soldaten und viele Offiziere mit ihren Damen. Und über dem Gewimmel hingen elliiche Gewerkschaftsführer in der traurigen Herbstluft. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution angenommen, die das Vertrauen in das Freiwilligen-system auspricht.

Krieg und Kultur. Der Londoner Grafschaftsrat hat sich veranlaßt gesehen, sein Budget sehr beträchtlich einzuschränken. Und zwar sollen die größten Ersparnisse beim Unterrichtswesen gemacht werden. Nicht nur werden die Schulpreise und Medaillen eingestellt, sondern auch die Spielplätze und der Schwimmunterricht im Winter ausgesetzt, die Lehrerzahl vermindert und die Klassen möglichst verschmolzen. Ebenso soll die Zahl der Schüler, die Stipendien genießen, eingeschränkt werden. Im ganzen will man 208 000 Pfd. Sterl. ersparen — sechs Millionen Mark an der körperlichen Ausbildung der Jugend. — Natürlich streben London und England bei dieser aus dem Krieg geborenen „Ökonomie“ nicht allein. Jede Schlacht, in der Millionen verpulvert werden, geht auf Kosten des künftigen Menschheitsgeschlechts.

Der Streit des Ministers. Im „Labour Leader“ finden wir folgende wichtige Aufsätze abgedruckt, die Genosse William Leach nach dem Mikroskop Sir Edward Carson an den „Yorkshire Observer“ gerichtet hat:

„Gehriker Herr! Sie berichten heute, daß Sir Edward Carson die Arbeit eingestellt hat. In einem Augenblick schwerer nationaler Krisis hat er sein Werkzeug hingeschmissen und seine Rede verlassen, vermutlich wegen einer Meinungsverschiedenheit mit seinem Vorgesetzten. Natürlich kommen da einem eine Menge Fragen in den Sinn. Seine Arbeit war eben wohl wichtiger als die eines Südmilcher Bergarbeiters und die Fragen heissen Verantwortung. Können Sie mir vielleicht sagen, mein Herr, ob dieser Fall unter das Munitionsgesetz fällt? Zweifellos war Sir Carson bei einer Kriegesarbeit in einem Regierungsbetrieb beschäftigt. Wird er eine Geldstrafe bekommen oder ins Gefängnis gesteckt werden? Wird sich jemand finden, der verlangt, daß man den Verbrecher an eine Mauer stellt und erschiesst? Wird irgendein berühmter Schriftsteller oder Politiker ihn als Landesverräter denuncieren? Ist in seinem Fall kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß sein Streik auf geheime deutsche Einflüsse zurückgeht? Wird man ihm kein Entlassungszeugnis vorenthalten? Die Öffentlichkeit hat das Recht auf Antwort über diese Gegenstände.“

Ich verbleibe usw.

Der „Avanti“ über die französische Partei.

Lugano, 11. November. (Eig. Bericht.) Im Anschluß an den jüngsten Beschluß des Exekutiv-Komitees (CAP) der französischen Partei führt der „Avanti“ aus:

„Das Tagesorgan der französischen Sozialisten, das vor einigen Jahren u. a. dank einem bedeutenden Zuschuß der deutschen Partei (50 000 Fr.) gegründet wurde, hat sich jetzt vollständig in den Dienst des Imperialismus und des Freimaurertums gestellt. Als eines der galtesten Organe der Union Sacrée hat die „Humanité“ stets systematisch eine jede sozialistische Opposition ignoriert, die ihre politische Zusammenarbeit mit den anderen Parteien irgendwie hätte kompromittieren können. Dementsprechend hält das seinerzeit von Jaurès redigierte Blatt einen Berichterstatter in der Schweiz, um genau über die Tätigkeit, die von der Opposition in Deutschland entfaltet wird, unterrichtet zu sein, ohne nur irgendwie je etwas veröffentlicht zu haben, was darauf schließen ließe, daß auch in Frankreich eine Opposition vorhanden ist. Dadurch ist der französische offizielle Sozialismus nationalisiert geworden. Er beweist, daß er eine internationale Aktion nur seitens der deutschen Sozialisten wünscht.“

In dieser traurigen und schädlichen Entgleisung der Richtung und der praktischen Tätigkeit ist die sozialistische „Humanité“ soweit gekommen, daß sie gleich den famosen Organen der italienischen Demokratie bis jetzt die Konferenz von Zimmerwald total ignoriert hat.

Damit aber noch nicht genug. Allen ist zur Genüge bekannt, aus dem, was verschiedene Zeitungen veröffentlicht haben wie aus dem, was wir selbst veröffentlicht, daß die sozialistische Opposition in Frankreich von Tag zu Tag wächst und stärker wird. Ein bezeichnendes Beispiel des wachsenden Einflusses der proletarischen Opposition liefert die Einstellung der „Bataille Syndicaliste“, Organ der Confédération Générale du Travail. Einige Mitglieder der Redaktion und der Verwaltung des erwähnten Blattes, das Léon Jouhaux ganz dem Burgfrieden unterwerfen wollte, hatten sich von der Notwendigkeit überzeugt, eine andere

Bahn einzuschlagen. Sie waren der Meinung, daß es notwendig sei, die Verantwortlichkeit des organisierten Proletariats von der der registrierten Kreise zu trennen, die Bahn der nationalen Einheit zu verlassen, sich für immer dem Burgfrieden zu trennen, den unversöhnlichen Klassenkampf gegen diejenigen aufzunehmen, die im Frieden und im Kriege die Herrscher sind.

Nun ereignete sich in der Geschichte des proletarischen Zeitungswesens etwas ganz Neues: Angesichts der politischen Meinungsverschiedenheit entdeckte die für den Burgfrieden eintretende Mehrheit, daß es kein Mittel mehr gäbe zur Erhaltung des Blattes. Da es nicht möglich gewesen wäre, ohne großes Aufsehen zu erregen, die rebellischen Redakteure an die Luft zu setzen, beschloß man die Zeitung zu unterdrücken.

Am 2. November stellte die „Bataille Syndicaliste“ ihr Erscheinen ein „aus Mangel an Mitteln“, und am 3. November begann die „Bataille“ zu erscheinen. Vom Titel des Blattes von Léon Jouhaux verschwand das Wort Syndikalismus und, was schlimmer ist, der revolutionäre Klassen-Syndikalismus ist aus dem Blatt verbannt worden, das die Confédération Générale du Travail geschaffen hatte, um bei den Arbeitern ein gesundes Klassenbewußtsein zu entwickeln. Wie kam es, daß man die Mittel fand für das Erscheinen des neuen Blattes, während am Tage vorher keine Mittel vorhanden waren, um das alte Blatt am Leben zu erhalten? Geheimnisse der Klassenharmonie und des internationalen Freidenkertums.

Diese Meinungsverschiedenheiten hat die „Humanité“ nicht erwähnt. Sie hat sie nicht gemerkt. Ebensovienig wie sie bis jetzt die Beschlüsse der Föderation der Haute Vienne gemerkt hat, ebenso wie sie die Beschlüsse der Föderation der Limoges ignoriert; ebenso wie sie die Abstimmungen der Arbeitskammern von Lyon und Marseille nicht berücksichtigt; ebenso wie sie die starke oppositionelle Minorität der Föderation de la Seine verschwiegen hat.

Ebenso hat die „Humanité“ — und es ist nicht schwer, die Ursache zu erraten — vollständig die sich gegen den Burgfrieden innerhalb des Nationalrates am 15. Juli sich geäußerte starke Strömung vollständig verschwiegen.

Wir befinden uns demgemäß vor einer systematischen hartnäckigen Wahrheitsentstellung seitens des Organs der französischen sozialistischen Partei. Aber gerade in der jüngsten Resolution der CAP kommt die Wahrheit zum Vorschein.

Die „Humanité“ hatte stets geschwiegen in der Hoffnung, daß das Schweigen die Opposition zu unterdrücken imstande wäre. Das System hat sich nichts bewährt. Die CAP ist nun gezwungen worden Stellung zu nehmen und einen Vannusuch zu erlassen.

Aber gibt es etwa noch Rebellen in Frankreich? Gibt es dort Internationalisten, die die Absicht haben, im Sinne von Zimmerwald zu verfahren? Jamohl, es gibt ihrer viele... Und die Beschwörungen, der Tadel, der Vannusuch der CAP werden nicht mehr ausreichen als das Schweigen der „Humanité“; sie werden das Wachstum der Opposition nicht verhindern.

Der Burgfrieden geht unter!!

Eine merkwürdige Rechnung.

Uns wird geschrieben:

Die „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ hat sich vor einigen Tagen bemüht, den Nachweis zu führen, daß die Höchstpreise für Kartoffeln die in der Bundesratsverordnung festgesetzt sind, unter den Preisen stehen, die in Friedenszeiten die Landwirte wiederholt bekommen haben. Wir finden diese Berechnung in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 6. November wiedergegeben und möchten an dieser Wuchung eine kleine Nachprüfung vornehmen. Die Korrespondenz nimmt aus dem „Statistischen Jahrbuch“ die jährlichen Durchschnittspreise und vergleicht sie mit dem gegenwärtigen Höchstpreis von 55 R. pro Tonne, der für Berlin maßgebend ist. Diese Gegenüberstellung ergibt nun folgendes:

Preise	Steigerung gegenüber dem jetzigen Höchstpreis
1888 55,70 R.	0,70 R.
1891 68,00 „	8,89 „
1894 55,60 „	0,60 „
1911 59,70 „	4,70 „
1912 70,50 „	15,50 „
1914 59,10 „	4,10 „

Annähernd erreicht wurde der Höchstpreis in den Jahren:

Jahr	Preis	Unterschied zum Höchstpreis
1892 54,70 R.	0,80 R.	
1905 53,40 „	1,90 „	
1907 53,10 „	1,90 „	
1908 54,00 „	1,00 „	
1913 54,10 „	0,90 „	

Zunächst muß gegenüber einer solchen Vergleichsstatistik betont werden, daß der Preis der Kartoffel, wie aller anderen landwirtschaftlichen Produkte, von dem Ernteertrags abhängig ist. Es geht nicht, daß der Preis für Kartoffeln in Vergleich gestellt wird in einem Jahr mit günstiger Ernte zu dem mit ungünstigen Ernteerträgen. Der hohe Preis bei geringer Ernte kann dem Landwirt weniger Nutzen einbringen, als ein niedriger Preis bei reicher Ernte. Aber das wäre nicht der grobe Fehler in der Berechnung. Der hohe landwirtschaftliche Sachverständige im Bund der Landwirte hat nämlich die Großhandelspreise für Berliner Kartoffeln gemeint und hat sie verglichen mit den Höchstpreisen, die jetzt der Landwirt bekommt. Berliner Großhandelspreise bedeuten Einschluß aller Spesen, Fracht usw. bis zur Verkaufsstelle des Kleinhändlers. Die Bundesratsverordnung hat für den Handel einen Aufschlag von 1,80 R. pro Zentner festgelegt. Für den Großhandel wird von diesem Betrag 70—75 Pf. beansprucht. Um also zu richtigen Vergleichszahlen zu kommen, müssen wir von dem Berliner Großhandelspreis rund 14 R. pro Tonne in Abzug bringen, dann erhalten wir den Preis, den der Landwirt voraussichtlich erhalten hat. Eine solche Zusammenstellung würde nun folgendes Bild ergeben:

Nach den Berliner Durchschnittspreisen erhielt der Landwirt pro Tonne Kartoffeln:

Im Jahre	R.	Der gegenwärtige Höchstpreis ist höher um Mark
1888 41,70	13,30	
1891 49,80	5,20	
1892 40,70	14,80	
1894 41,60	13,40	
1905 39,40	15,80	
1907 39,10	15,90	
1908 40,60	15,00	
1911 45,70	9,80	
1912 56,50	(— 1,50)	
1913 40,10	14,90	
1914 45,10	9,90	

So sieht die Rechnung etwas anders aus. Der Höchstpreis steht weit über den Durchschnittspreisen der vorausgegangenen Jahre, nur das Jahr 1912 mit einer außergewöhnlich ungünstigen Ernte macht eine Ausnahme. Wir müssen jede Berechnung zu einer Klage über die niedrigen Preise für den Landwirt bestreiten, verlangen aber auch, daß nicht vom Bund der Landwirte dem Volke eine offenbar falsche Darstellung über die Preislage gegeben wird.

In den weiteren Betrachtungen kommt sodann die Korrespondenz des Bundes der Landwirte zu einer Berechnung des Futterwertes der Kartoffel. Man berechnet nach dem Höchstpreis von 55 R.

ein Kilogramm Stärkerwert der Kartoffel auf 28,9 Pf., während der Futterwert der Kraftmittel auf durchschnittlich 88,20 Pf. steht. Dieser Berechnung fehlt gleichfalls die reale Grundlage, denn die dort genannten Futtermittel sind zu einem erheblichen Teil gar nicht zu haben, außerdem kauft sie niemand, da die Auslandspreise so fabelhaft hoch sind, daß keine Wirtschaft dabei bestehen kann.

Diese Art der Berechnung wird nur herbeigeführt, um den Anschein zu erwecken, als werde der Landwirtschaft eine unbillige Zumutung gestellt. Der Landwirt hat für die Kartoffel nicht den Wert der durch wüste Treiberei im Ausland im Preis gesteigerten Futtermittel zu beanspruchen, sondern die Produktionskosten plus Betriebsgewinn. Alle andere Spekulation muß die Bevölkerung zurückweisen und diese Forderung wird in den Kreisen verständiger Landwirte nicht beanstandet werden.

Aus Industrie und Handel.

Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Gold.

Die Ausfuhr und Durchfuhr von inländischem und ausländischem gemünzten Golde, Feingold und Goldlegierungen von jeglichem Gehalt, wie insbesondere Barren, Körner, Drähte, Bleche, Bänder, Blattgold, Schaumgold, sofern sie nicht weiterverarbeitet sind, sowie von Bruchgold, ist nach einer neuerlich ergangenen Verordnung verboten. Das Verbot findet auf die Reichsbank keine Anwendung. Wer es unternimmt, dem Verbote des § 1 zuwider Gold aus dem Reichsgebiet auszuführen oder durch das Reichsgebiet durchzuführen, wird, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe in Höhe des doppelten Wertes der Gegenstände, auf welche die strafbare Handlung verübt ist, jedoch mindestens in Höhe von dreißig Mark bestraft.

Regelung der Schwefelsäure-Industrie.

Amlich wird mitgeteilt: Eine vom Bundesrat beschlossene Verordnung, betreffend die private Schwefelwirtschaft, verfolgt den Zweck, außer dem sichergestellten Schwefelsäurebedarf für Heer und Marine auch den Bedarf der deutschen Gewerbe und der Landwirtschaft für jede Dauer des Krieges unbedingt sicherzustellen.

Zu diesem Zwecke sind für die Gewinnung von Schwefelsäure aus Kohlstoffen, die sich im Inland in hinreichender Menge vorfinden, eingehende Vorarbeiten unternommen worden. Diese haben ergeben, daß sich Schwefelsäure aus Gips und Kieserit zu einem Preise herstellen läßt, der den Preis derjenigen Säure nicht übersteigt, zu dem die aus ausländischen Kiefern derzeit erzeugt wird. Notwendig für den fabrikatorischen Betrieb ist die Errichtung größerer Anlagen im Werte von etwa 3 1/2 Millionen Mark. Diese Summe ist vom Reich zur Verfügung gestellt worden. Für die Verwaltung des Geldes, den Bau der Anlagen und dergleichen soll eine „Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft“ geschaffen werden.

Gleichzeitig bezweckt die genannte Verordnung, für Schwefelsäure einen einheitlichen Preis zu schaffen. Hierfür müssen die Beschickungskosten des teueren Produktionsverfahrens maßgebend sein. Eine solche Preishöhe würde aber eine ungerechtfertigte Vereinerung der billig produzierenden Industrien bedeuten. Um eine solche auszuschließen, soll von diesen eine entsprechende Umlage von der Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft zum Ausgleich erhoben werden. Diese Umlage wird dazu verwendet werden, eine Amortisation der vom Reich zur Errichtung der erforderlichen Neuanlagen zur Verfügung gestellten 3 1/2 Millionen Mark zu ermöglichen.

Ferner sind Bestimmungen getroffen worden, wonach entgegen dem allgemeinen Grundsatz der Verordnung bestehende Lieferungsverträge für Heer und Marine sowie für die Dünge-mittel-industrie in b u s t r i e aufrecht erhalten und die Produzenten dieser Schwefelsäure hinsichtlich dieser von der Umlage befreit werden können. Eine solche Befreiung der Düngemittelindustrie ist angezeigt, weil die Landwirtschaft infolge der für ihre Produkte festgesetzten Höchstpreise keinen Ausgleich für die durch Aufhebung von Lieferungsverträgen sich ergebende Verteuerung der Düngemittel finden könnte.

Für das eingeschlagene Vorgehen spricht vor allem die Erwägung, daß sich das Reich durch eigene Finanzierung bei privaten Unternehmungen Anlagen zur Verwertung heimischer Rohstoffe sichert, die auch für später erhalten werden können und in denen es bei längerer fabrikatorischer Erfahrung vielleicht gelingt, ähnlich wie beim Stickstoff und anderen Rohstoffen, dauernd auch für Friedenszeiten vom Auslande unabhängig zu sein.

Kriegsbekanntmachungen.

Vorsicht beim Kartenverkauf.

Berlin, 15. November. (W. L. B.) Wie bekannt geworden ist, leiden die in Saloniki gelandeten Streitkräfte unter dem Mangel an guten Karten des Kriegsschauplatzes. Diesem Mangel wird durch Bestellungen bei deutschen oder österreichisch-ungarischen Kartengeschäften abgeholfen gesucht, deren Karten bevorzugt werden. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um den deutschen Buchhandel zur äußersten Vorsicht beim Vertriebe von Karten des Kriegesgebietes zu bestimmen. Bei dem Ankauf wird naturgemäß die Vermittlung dritter in Anspruch genommen werden. Danach ist größte Zurückhaltung selbst Einzelbestellungen gegenüber am Plage.

Die Löhnung erkrankter Marinemannschaften.

Während die Krankenlöhnung der Angehörigen der Armee auf Antrag der Sozialdemokraten von 10 auf 88 Pf. erhöht worden ist, erhielten die kranken und verwundeten Angehörigen der Marine diese höhere Löhnung nicht. Das ist jetzt abgeändert worden. Vom 15. November ab erhalten auch die kranken Angehörigen der Marine, soweit sie Löhnungsempfänger sind, mit rückwirkender Kraft bis 1. September 1915 die volle Friedenslöhnung.

Letzte Nachrichten.

Viehzahlung.

Amlich. Berlin, 15. November. (W. L. B.) Nach einem Bundesratsbeschlusse aus dem Jahre 1912 haben in allen Jahren, in denen eine Viehzählung erweiterten Umfangs nicht stattfindet, sogenannte kleine Viehzählungen am 1. Dezember stattzufinden. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 15. November 1915 beschlossen, daß die Zählung am 1. Dezember d. J. mit einigen kleinen Änderungen gegen früher veranstaltet werden soll, die im Interesse der Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den bisher während des Krieges veranstalteten Viehzählungen notwendig erschienen. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen. Eine vorläufige Uebersicht der Zählungsergebnisse ist bis zum 15. Dezember 1915, die endgültige Zusammenstellung bis zum 15. Januar 1916 dem kaiserlichen Statistischen Amte einzufenden.

Der deutsch-englische Austausch.

Amsterdam, 15. November. (Z. N.) In Rotterdam sind gestern abend mit dem Dampfschiff „Batavia III“ aus London 17 Sanitäts-offiziere und 86 Mann, die unter Befehl des Oberarztes Dr. Bed stehen, eingetroffen. Die Herren kommen aus Lüderich und anderen Orten Deutsch-Südwestafrikas. Die Offiziere, die ausgetauscht werden, sowie die Mannschaften reisten sämtlich heute früh nach Deutschland weiter. Ferner brachte die „Batavia“ nach 80 deutsche Unteranen, gumeist Frauen, ebenfalls aus Deutsch-Südwestafrika.

Gewerkschaftliches.

Frauenarbeit und Gewerkschaften.

Die schon in den beiden ersten Quartalen 1915 festgestellte Zunahme von weiblichen Beschäftigten hat auch im 3. Quartal angehalten. Noch nie war denn auch in diesem Jahre der Andrang weiblicher Arbeitssuchender zu den Arbeitsnachweisen so groß als jetzt. Allein im Laufe des Monats September erhöhte sich deren Zahl wieder von 146 000 auf 155 000. Bei den Krankenkassen, die schon im ersten Halbjahr 1915 eine Zunahme von rund einer halben Million weiblichen Beschäftigten verzeichneten, gestaltete sich im 3. Quartal die Mitgliederbewegung wie folgt:

im	männlichen Beschäftigten	weiblichen Beschäftigten
Juli 1915 . . .	91 185 = 2,00 Proz.	40 594 = 1,20 Proz.
August 1915 . . .	69 643 = 1,50	22 517 = 0,84
September 1915 . . .	85 294 = 1,76	8 629 = 0,23

Leider geht aus den Statistiken nicht hervor, wie sich diese Zunahme von weiblichen Erwerbstätigen auf die einzelnen Berufsgruppen verteilt. Zweifellos steht aber fest, und das erhellt man auch aus Einzelberichten, daß der weitaus größte Teil davon auf die Metallindustrie und das Verkehrsgewerbe entfällt. So sind allein zurzeit bei der Großen Berliner Straßenbahn über 3000 Schaffnerinnen eingestellt und im Düsseldorf-Industriebezirk stieg die Zahl der beschäftigten Metallarbeiterinnen während der Kriegszeit von 913 auf 6028. Sicherlich haben auch die anderen Großstädte ähnliche Steigerungen aufzuweisen.

Das Eindringen von Frauen in Berufe und Arbeitszweige, von denen sie bisher ausgeschlossen waren, mag zunächst als Notbehelf gedacht sein, der mit der Rückkehr normaler Zustände im Wirtschaftsleben sein natürliches Ende findet. Ob sich aber dann der Uebergang so glatt vollzieht, läßt sich schwer im voraus sagen. Ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die vorübergehende Besetzung mancher Industriezweige, insbesondere der Metallindustrie und des Verkehrsgewerbes, durch Frauen, wenn auch nicht in dem jetzigen Umfange, zu einer dauernden wird. Den Gewerkschaften erwächst dadurch die dringende Aufgabe, nicht nur auf die Entlohnung der Arbeiterinnen zu achten, sondern vielmehr auch deren Organisation zu fördern. Haben doch die besonders in Frage kommenden Gewerkschaften, der Metallarbeiter-, Transportarbeiter- und Fabrikarbeiterverband trotz der oben festgestellten riesigen Zunahme von weiblichen Beschäftigten jetzt immer noch gegenüber dem 2. Quartal 1914 einen Verlust von weiblichen Mitgliedern zu beklagen.

Berlin und Umgegend.

Tarifablauf im Tapezierergewerbe.

Der Tarifvertrag der Berliner Tapezierer läuft am 15. Februar des kommenden Jahres ab. Eine Mitgliederversammlung der Filiale Berlin des Tapeziererverbandes nahm zu diesem Tarifablauf Stellung. Nach sehr eingehender Darlegung der ganzen kriegs- und wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Vorsitzenden Bize wig und nach eingehender Diskussion beschloß die Versammlung, den Tarif nicht zu kündigen. Derselbe gilt dadurch auf ein Jahr für verlängert.

Die Teuerungszulage von 10 Pf. für Verheiratete, 5 Pf. für Ledige und Näherinnen pro Arbeitsstunde wird, von einigen Firmen abgesehen, bezahlt; auch die Innung Charlottenburg hat sich der Vereinbarung angeschlossen.

Zu der vom Hauptvorstand zur Auszahlung kommenden Weihnachtunterstützung, die für die Frauen der vollberechtigten Eingezogenen 10 M. und 5 M. für die Nichtvollberechtigten beträgt,

wurde beschlossen, dieselben Fälle auch aus dem Kriegsunterstützungsfonds der Filiale zu gewähren, auch sollen alle Ledigen 5 M. erhalten. Da der Sammelfonds nur noch 2000 M. enthält, wird beschlossen, diesem Fonds 5000 M. aus der Lotteriekasse zu überweisen.

Der Arbeitsnachweis für die Gips- und Zementbranche befindet sich bisher im Saal 9 des Gewerkschaftshauses. Um Kosten zu ersparen, zeigte die Ortsverwaltung durch Hank e in einer Versammlung der Gips- und Zementarbeiter an, die Vermittlung in den Räumen der Ortsverwaltung vorzunehmen. Desgleichen soll das Amt des Nachweisleiters, durch einen Verwaltungsangestellten ausgeübt werden, um auch dabei 50 M. Gehalt monatlich zu ersparen. In der Versammlung wurde die Ansicht geäußert, daß man das Geld für das Lokal sehr wohl ersparen könne. Hingegen sollte man dem bisherigen Arbeitsvermittler das Amt wenigstens den Winter über noch belassen. Es wurde beschlossen, den Vermittler bis Kriegsende zu belassen. Gerügt wurde, daß es Berufscollegen gibt, die den Tarif nicht streng einhalten.

Deutsches Reich.

Die bayerischen Gewerkschaftskartelle nach zwölf Kriegsmontaten.

Der Gewerkschaftsverein München hat in sämtlichen Kartellen Bayerns Erhebungen geflohen über die Verhältnisse der Gewerkschaften während des ersten Kriegsjahres vom 1. August 1914 bis 1. August 1915. Befragt wurden 89 Kartelle; von 67 Kartellen wurden die Fragen beantwortet, von 19 Kartellen konnte keine Auskunft erlangt werden; 8 Kartelle haben sich aufgelöst, die noch vorhandenen Mitglieder wurden den Nachbarartellen angegliedert.

Aus den meisten Kartellen kamen Klagen über den großen Mitgliederverlust infolge Einberufung zum Wehrdienst und den dadurch eintretenden öfteren Wechsel der Kartellvorsitzenden und Funktionäre der einzelnen Gewerkschaften. Vielfach war es auch nicht möglich, die Fragebogen von den einzelnen Kartellen zurückzubekommen, weil die leitenden Personen zum Wehrdienst eingezogen waren und eine Neubesehung der Stellen nicht erfolgen konnte. Die nachfolgenden Zahlen geben deshalb kein durchaus lückenloses Bild, sie lassen aber immerhin erkennen, welche große Opfer die Gewerkschaften auch in Bayern durch Einziehung vieler Mitglieder zum Wehrdienst in finanzieller Beziehung sowohl für ihre Mitglieder wie deren Familien trotz bedeutend verringerteter Mitgliederzahl und geminderter Einnahmen gebracht haben.

Die meisten Leistungen haben sich die Mitglieder der freien Gewerkschaften freiwillig auferlegt. Die Mitgliederzahl der 67 Kartelle betrug nach den eingelaufenen Feststellungen am 1. August 1914 im ganzen 207 856; davon waren 173 253 männliche und 34 603 weibliche. (Im Jahre vorher waren es in 89 Kartellen 232 442 Mitglieder.) Am 1. August 1915 war die Gesamtmitgliederzahl 102 933 und zwar 75 702 männliche und 27 231 weibliche.

Die Gesamteinnahmen bei den 67 Kartellen betragen in der Berichtszeit 5 328 039,07 M., denen an Gesamtausgaben 5 335 687,41 M. gegenüberstehen. An Arbeitslosenunterstützung wurden in derselben Zeit, obwohl dieselbe vielfach gekürzt werden mußte, 1 962 045,11 M. ausbezahlt. An Unterstützungen für die Kriegesfamilien wurden 1 007 227,31 M. und für Krankenunterstützung die allerdings bei Kriegsbeginn in vielen Gewerkschaften ganz eingestellt werden mußte, 238 289,05 M. verausgabt. Für Reiseunterstützung wurden 35 076,78 M. und für Liebesgaben für Mitglieder im Felde 72 489,14 M. aufgewendet. Da infolge des Krieges viele Familien in Not gerieten, waren die Organisationen genötigt, Notstandsunterstützungen zu gewähren; es wurde hierfür eine Summe von 518 036,20 M. ausbezahlt. An Jubiläumunterstützung wurden 39 409,15 M. gewährt. Die Gesamtunterstützungen in den 67 Kartellen an die Mitglieder der Gewerkschaften und deren Angehörige im ersten Kriegsjahre beliefen sich demnach auf die Summe von 3 887 552,74 M., eine Summe, die dann noch an Bedeutung gewinnt, wenn man bedenkt, daß durch die Einberufung rund 33 000, durch Austritt, Wegzug usw. 22 000, zusammen also 105 000 Mitglieder für die Beitragszahlung verloren gingen.

Von den 67 Kartellen wurden 161 Zahlstellen gemeldet, die infolge Einberufung sämtlicher Mitglieder aufgelöst wurden. Diese 161 Zahlstellen, von denen die meisten den Verbänden der Bauarbeiter, Maler, Brauerei- und Textilarbeiter angehörten, hatten zusammen 1863 Mitglieder.

Gründung von Unternehmerorganisationen im Sattlergewerbe.

Wie sehr die Unternehmer im Sattlergewerbe es sich angelegen sein lassen, die für sie günstige Situation organisatorisch auszunützen, beweisen einige Neubildungen von Unternehmerverbänden. So haben die Fabrikanten der Heeresausstattungsindustrie an Stelle des am 31. Oktober aufgelösten Kriegsleberausstattungsverbandes, der bereits 950 Mitglieder zählte, auf einer Gründungsversammlung in Wiesbaden eine neue Organisation: Vereinigung deutscher Fabrikanten für Heeresausstattungen e. V., Sitz Berlin, geschaffen. Trotz des Einrichtungsgebüdes von 250 M. und eines Jahresbeitrages von 500 M. haben sich die maßgebendsten Militäreffektenfabrikanten bereits dem neuen Verbande angeschlossen. Auf dem Bundesstage deutscher Sattlerinnungen am 8. November d. J. in Berlin hielt ein Vertreter der neuen Fabrikantenvereinigung einen Vortrag über die Bildung einer Interessengemeinschaft im deutschen Sattlergewerbe, die den Zweck haben soll, die Interessen der Militäreffektenfabrikanten und der Innungsmitglieder den Arbeitern und den Behörden gegenüber zu vertreten. Einmütig beschloß der Bundesstag, dieser Interessengemeinschaft beizutreten und einen jährlichen Kostenaufschlag von 1000 M. zu leisten. Bezeichnend ist, daß die Geschäftsstelle sich in den Räumen der neu gegründeten Arbeitgeberorganisation befindet, deren Geschäft ein Dr. jur. als Syndikus leitet. Einen breiten Raum auf dem Bundesstage nahm die Gründung von Werkgenossenschaften zwecks korporativer Arbeitsübernahme für Heer, Marine und sonstige Behörden ein. Durch direkte Aufträge der Behörden an diese Genossenschaften soll das Agenten- und Schieberwesen ausgeschlossen und die Selbstbestellung in Staatswerkstätten möglichst eingeschränkt oder gar ganz eingestellt werden. Der Handwerker- und Gewerbelammetag aber nimmt den Auftrag von den Behörden, gibt ihn an die Lieferungsverbände weiter, welche ihn dann an die Werkgenossenschaften nach der Zahl der Genossen verteilen. Diese Genossenschaftsbildung ist eine Kriegserregung der Handwerker. Sie wird vom Handwerker- und Gewerbelammetag gefördert und nötigenfalls durch Kreditgewährung unterstützt.

Begen der Fürsorge kriegsbeschädigter Sattlergehilfen beschloß der Bundesstag, allen Innungen und Sattlermeistern zu empfehlen, im Sinne der Arbeitsgemeinschaft für das Sattler- und Ledertoren-gewerbe zu wirken und zu handeln. Vor allem dürfen etwaige Rentenbezüge nicht als Vorwand zu Lohnrückereien dienen. Heimkehrende Krieger sollen unverzüglich wieder in ihre innegehabte Arbeitsstelle kommen.

Die Teuerungszulage der Schichtarbeiter.

Vor kurzem teilten wir mit, daß die Verhältnisse die Danziger Schichtarbeiter zwingen, an die Firma um Gewährung einer Teuerungszulage heranzutreten. Der Arbeiterausschuß hat nun in zweifelhafter Verhandlung die Fabrikleitung von der Notwendigkeit der Zulage zu überzeugen versucht. Die Firma lehnte aber jedes Entgegenkommen ab. Immer wieder beteuerte sie, sie könne nicht mehr geben. Sie erkenne an, daß die Teuerung die Arbeiter schwer belaste; aber es sei eben Krieg, da müsse sich jeder einrichten. Die Teuerung brauche nicht zu sein, wenn geeignete Maßregeln ergriffen würden. Die Firma bekomme für ihre Schiffe auch nicht mehr als in Friedenszeiten. (?) Zudem wisse sie nicht, welche Ausgaben sie noch für die Kriegsbeschädigten haben werde. Die Verhandlungen verliefen also völlig resultatlos. Auch die Aufbesserung der Löhne derjenigen Arbeiter, die 18—23 M. pro Woche verdienen, lehnte die Firma ab.

Die Arbeiterschaft war über diesen Ausgang der Sache sehr missigstimmig und wollte sich nicht damit zufrieden geben. Tags darauf erschien am schwarzen Brett der Fabrik eine Verfügung, wonach vom 20. November ab Lehrlinge und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 50 Pf. für die Lohnperiode (14 Tage) zugelegt erhalten. Unverheiratete Arbeiter über 18 Jahre und die vom Militär entlassenen, die Familienunterstützung bekommen, erhalten pro Lohnung 75 Pf. mehr. Den verheirateten Arbeitern wurde 1 M. pro Lohnung zugelegt und außerdem erhalten sie für jedes Kind bis zu 14 Jahren 25 Pf. — ebenfalls für die Lohnung — zugelegt. Die Firma beschäftigt in Danzig zurzeit mehrere Hundert ausländischer Arbeiter. Diese erhielten kürzlich pro Woche eine Zulage von 3 M.



"Unsere Marine"

Beste 2 Pf. Cigarette

Deutsches Fabrikat = Trustfrei

GEORG A. JASMATZI AKTIENGESELLSCHAFT

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Maria Stuart.
Donnerstag: Maria Stuart.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der Weibsteufel.
Donnerst.: Der Weibsteufel.
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 U.: Der Kaufmann von Venedig.
Mittwoch 7 1/2 U.: Legende v. der hl. Elisabeth. 12 U.: Oeffentl. Hauptpr.
Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstr.
7 1/2 Uhr: Maria Stuart.
Komödienhaus.
Heute geschlossen. Voranzeige:
Freitag 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:
Die rätselhafte Frau.
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.
Theater für Dienstag, 16. November.
Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: Fidelio.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: Der edele Bauer.
Gebr. Herrnfeld-Theater
8 Uhr: Rosenblatt's Geheimtip
Kleines Theater.
8 Uhr: Der Prahlhans.
Komische Oper.
Wohltätigkeitsvorstellung:
8 Uhr: Jung muß man sein
Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).
Montis Operetten-Theater
Gastspiel Louis Treumann.
8 Uhr: Ein Tag im Paradies.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die Dardanellen, Konstantinopel und der Bosphorus.
Luisen-Theater.
Heute 8 1/2: Der Glückner von Notre Dame.
Sonabend 4 Uhr: Schneeweißchen und Rosenrot. Kindervorstellung. 20, 30 Pf.
Sonntg. 8 1/2: Die Haubenlerche
Lustspielhaus.
8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Schirin und Gertraude.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Totensonntag 8 U.: Hüttenbesitzer.
Theater am Nollendorfpl.
8 1/2 U.: Immer feste druff!
Theater des Westens
8 Uhr: Das Fräulein vom Amt mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8 1/2 U.: Bodos Brautschau

National-Theater.
Köpenicker Straße 67/68.
8 1/2 U.: S. M. der Dollar.
Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
8 Uhr: Komödie der Worte.
Mittwoch geschlossen.
Donnerstag: Komödie der Worte.
Deutsches
Künstler-Theater.
8 Uhr: Die selbige Exzellenz.
Mittwoch geschlossen.
WINTERGARTEN
Der humoristische November-Spielplan.
Possen-Theater
8 1/2 (Folies Caprice) 8 1/2
freund Loewe Seine Tante mit Haskel und Berisch.

Arrens Busch
Heute 8 Uhr:
Rubini,
„Der lebende Krater“
u. d. übr. Schlager!
10 Uhr: „Michel“
Gr. Pantomime in 3 Akt
Morgen Bußtag geschl.
Rose-Theater.
Gastspiel der Deutschen Volksoper:
Martha.
Sonabend 4 Uhr: Die 7 Raben.
Walhalla-Theater.
8 Uhr: Die Lorelei.
Mittwoch: Die Schöpfung.
Der Mozartchor (Direktor Ballfe).
Adelheid Pickert, Leo Gollan,
Kammer Sänger Peter Lordmann.
Karten 75 Pf. bis 3 M. bei Bote u. Bot und Wertheim.
In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Apollo THEATER
Direktion Adolf Vogt
Telef.: Lütrow 1541
Endlosen Erfolg
erzielt allabendlich
das vielbesprochene
große November-
Programm
Anf. 8 Uhr.
Heute einige neue
Kunstkräfte
Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Donnerstag, den 19. November:
Die Stunde kommt.
Heute (Der Oberhof.)
Vollst. m. Ges. i. 3 Akt v. Bildmann.
Ravens, Bußtag, geschlossen.
Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Die von der Emden
Ein Matrosen-
bild von Wesfel.
für Militärper-
sonen vollkomm.
reter Zutritt zu
d. Stett. Säneren.
Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater
Vorbringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Untergrundbahn. Schönhauser Tor.
Trotz des großen Erfolges!
Nur noch kurze Zeit!
Familie Schnaje.
Seit August auf dem Spielplan.
Sonnt. 4 Uhr: Der liebe Fridolin.
Palast
Theater Am Zoo
Tägl. 8 Uhr, Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr
Otto Reutter
mit seiner
Ballade
von der
Marmelade
u. d. übr. Novitäten-Schlager.
Dazu der große, neue und
gute Nov.-Spielplan.
Gaben Sie Fußbeschwerden?
empfehle nach Maß passende
gearbeitete Stützelnagen sowie
Bruchbandagen aller Art,
Leibbinden, Stützsocken usw., Artikel
zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Handagist,
Berlin N., Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Literarische Rundschau.

Paul Umbreit, 25 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbewegung 1890-1915. Erinnerungsschrift zum fünf- und zwanzigjährigen Jubiläum der Begründung der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands. Berlin 1915. Verlag der General-Kommission (E. Legien). 185 S. Preis geb. im Buchhandel 3 M., für Gewerkschaftsmitglieder bei Bezug durch ihre Organisation 1,60 M.

Nicht ganz ein Vierteljahrhundert einer Entwicklung unter bürgerlichen Rechtsverhältnissen war der deutschen Arbeiterbewegung bisher vergönnt, seit sie ihre Kinderschuhe ausgetreten. Bis 1890 herrschte das Sozialistengesetz, das nicht nur die Sozialdemokratie, sondern die Arbeiterbewegung überhaupt außerhalb des bürgerlichen Rechts stellte, und seit dem August des vorigen Jahres herrschte der Kriegszustand und Durcheinander. So bildet diese kurze Zeitspanne von kaum 25 Jahren ein gewissermaßen in sich abgeschlossenes Ganzes, und wenn es schon in friedlichen und ruhigen Zeiten Brauch ist, den 25jährigen Bestand einer Einrichtung, die 25. Wiederkehr eines wichtigen Datums zum Anlaß rückwärtiger Betrachtung zu nehmen, so gilt das heute noch viel mehr. Denn dieser Krieg bedeutet schließlich im Leben des deutschen Volkes und besonders in der Arbeiterbewegung eine Schicksalsstunde, von der ein anderes Leben beginnt, als das vor ihr war, und da ist es um so notwendiger, sich darüber Rechenschaft zu geben, was erreicht wurde und was wir insfolgedessen erwarten dürfen.

In diesen Tagen werden es 25 Jahre, daß die deutschen Gewerkschaften sich in der General-Kommission ein Organ und damit auch ein weithin sichtbares Zeichen ihrer Einheitslichkeit, ihrer Zentralisation schufen. Genosse Umbreit hat nun versucht, vor uns in dem engen Rahmen eines schmalen Bändchens ein Bild der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften seit dem Fall des Sozialistengesetzes aufzurollen.

Diese Aufgabe war nichts weniger als leicht, und wenn der Verfasser in seinem Vorwort bemerkt, seine Schrift wolle weder eine Geschichte der deutschen Gewerkschaften noch der General-Kommission sein, so hat er insofern recht, als zu einer solchen Geschichte ein viel größerer Apparat notwendig wäre, als der Verfasser hier aufbieten konnte und durfte. Aber trotz oder vielleicht gerade infolge seiner Selbstbeschränkung ist seine Schrift doch zu einem treffenden und lebendigen Bild des Werdeganges der gewerkschaftlichen Bewegung und damit zugleich ihres Zentralorgans, der General-Kommission, geworden. Daß sich diese beiden Aufgaben in solcher Weise zugleich und einheitlich lösen ließen, das ist eine Eigenartlichkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zurückzuführen. In keiner anderen gibt es ein Organisationszentrum, in dessen Geschichte sich in ähnlicher Weise die Geschichte der ganzen Bewegung spiegelt, das in gleicher Weise der getreue Ausdruck der Gesamtbewegung ist, wie hier.

Es ist doch charakteristisch, daß sich die deutschen Gewerkschaften, sobald sie ihnen überhaupt die Möglichkeit dazu bot, sobald sie, noch unversöhnter und taufenden Schrittes den ungewohnten Boden der neuen verhältnismäßigen Freiheit betreten, sich sofort ein Zentrum, ein Organ einheitlicher Zusammenfassung schufen und dieses durch all die wilden Stürme, die sie besonders in der ersten Zeit umstobten, festhielten. Es ist nicht nur der dem Deutschen und besonders dem Preußen anerzogene Geist der zentralistischen Organisation, der hier wirksam war, sondern vor allem die sozialistische Erziehung der Arbeiter, die in den gewerkschaftlichen Kämpfen mehr zu leben gelernt hatten als in den Betrieben, in einzelnen Betrieben oder Gewerben etwas bessere Arbeitsverhältnisse und Löhne für bestimmte Arbeiterkategorien zu erlangen, sondern diese Kämpfe von vornherein als Glieder in der Kette jenes gewaltigen Ringens der gesamten Arbeiterchaft nach Freiheit und Menschenwürde, nach dem Sozialismus betrachteten.

Obgleich durch diesen einheitlicheren Charakter der Bewegung die Aufgabe ihrer Darstellung erleichtert wird, stand Genosse Umbreit doch noch vor großen Schwierigkeiten, denn er wollte nicht eine trockene Aufzählung von Tatsachen geben, sondern mit dem warmen Herzen des Verbundenen für eine große Sache das Interesse der Leser fesseln. Das konnte aber nur gelingen, wenn er die inneren Zusammenhänge in den Vordergrund treten ließ, die die Ereignisse miteinander verbinden. Mit Recht hat er deshalb für seine Darstellung nicht die einfache Wiedergabe der zeitlichen Abfolge gewählt, sondern den überreichen Stoff nach sachlichen Gesichtspunkten geordnet, dabei aber doch so, daß die geschichtlichen Zusammenhänge nicht zerstört wurden. Vollständig liegen sich dabei Wiederholungen allerdings nicht vermeiden, und hier und da mühte auch sachlich Zusammengehöriges in der Darstellung getrennt werden. So wird uns die große Schlacht des Kölner Parteitag nicht im Kapitel „Partei und Gewerkschaft“ vorgeführt, wohin sie sachlich gehören würde, sondern in dem Kapitel „Für Einheit der Gewerkschaftsbewegung“, das eben die gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Zeit des Kölner Parteitages behandelt. Doch derartige Dinge man gern dafür in Kauf, daß durch diese Gruppierung der Tatsachen sowohl nach der Zeit wie nach dem Gegenstand die Lebendigkeit und Anschaulichkeit der Darstellung wesentlich gewinnt.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich für Umbreit daraus, daß die Ereignisse, über die er berichtet, noch nicht weit zurückliegen, daß er selbst an den Kämpfen den meisten Anteil genommen, in ihnen oft in der ersten Linie gestanden hat. Wenn dadurch auch gewiß die Lebendigkeit gewonnen hat, so war es doch fraglich, ob es ihm auch gelingen werde, die Unparteilichkeit und Unbefangenheit der Darstellung überall aufrecht zu erhalten. Man kann, glaube ich, dem Genossen Umbreit das Zeugnis nicht verlagern, daß er diese Objektivität überall angestrebt und daß er sie auch meist erreicht hat. Einige Stellen lassen allerdings erkennen, wie schwer ihm das mitunter geworden sein mag. Wenn er z. B. (S. 79) der „leidenschaftlichen Festigkeit“ eines Teiles der Parteipresse während der Debatten über den Massenstreik die „peinliche Zurückhaltung“ der Gewerkschaftspresse gegenüberstellt, so zeigt er dadurch, daß sein Maßstab in diesen Dingen mit dem unseren offenbar nicht ganz übereinstimmt. Leider konnte sich Umbreit aber auch nicht enthalten, gegen den Genossen Rautsky und die „Neue Zeit“ eine Reihe ganz ungerechtfertigter Vorwürfe zu erheben (S. 79 ff.), die dabei zum Teil so unbestimmt und vage sind, daß zu ihrer Widerlegung lange Ausführungen nötig wären, die sich allerdings umso mehr erübrigen, als über diese Dinge ja schon sehr viel Tinte vergossen wurde.

Doch wenn man von solchen immerhin verhältnismäßig unbedeutenden Punkten abliest, muß man die Objektivität des Verfassers im Allgemeinen anerkennen, wenn man auch mit ihm nicht überall in der Sache ganz einverstanden sein wird. Insbesondere in den Kapiteln „Gewerkschaften und Sozialpolitik“ und „Neue Kämpfe um das Organisationsrecht“ werden wohl viele Leser einen stärkeren Hinweis auf die Tätigkeit der Partei, auf ihre Bedeutung für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen vermissen, und ebenso wird es vielen auffallen, daß in den Kapiteln über Internationale Organisation zwar das kommunistische Manifest und der Münchener Arbeitervereinstag erwähnt wurden, aber nicht die alte Internationale.

Von besonderem Interesse ist es, zu verfolgen, wie im Laufe der gewerkschaftlichen Entwicklung der Machtbereich der General-Kommission gewachsen ist. Welch ein Unterschied zwischen ihrer Stellung auf dem Halberstädter Kongress von 1902, wo sie, der wichtigsten Funktionen entkleidet, kaum das nackte Leben rettete, und

ihrer heutigen Machtfülle als das unbestrittene Haupt der ungleich wichtiger gewordenen Bewegung! Gerade die letzten Kongresse haben die Bedeutung der General-Kommission als allgemeines und höchstes Kontrollorgan noch wesentlich verstärkt und betont. Das Wachstum ihrer Bedeutung ist nicht nur der Ausdruck für die fortschreitende Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen, sondern insbesondere für ihre fortschreitende Einheitslichkeit und Zentralisierung.

Wie diese durch die Verhältnisse selbst, durch den steigenden Druck der Unternehmerrmacht und der Regierung geradezu erzwungen wurde, zeigt Umbreit sehr anschaulich. Gerade im Frühjahr 1914, in der Zeit unmittelbar vor dem Münchener Gewerkschaftskongress, hatte sich der soziale Himmel mit den finsternen Gewitterwolken bedeckt, die Atmosphäre war voll elektrischer Spannung, die Gegensätze waren aus ängster Angst zugespitzt. Zugleich waren die Gewerkschaften zu der Erkenntnis gelangt, daß, wie Umbreit sagt (S. 119), „es nicht genügen kann, einzelne sozialistische Probleme herauszugreifen und sie zu lösen zu versuchen, sondern daß es sich darum handelte, den gesamten Widerstand der rückständigen Mächte gegen den Fortschritt der sozialen Gesetzgebung zu überwinden.“

Der gewerkschaftliche Kampf stand also im Bewußtsein, ein politischer zu werden. Wer in die Kräfte des Proletariats großes Vertrauen setzte, mochte den Dingen, die sich vorbereiteten, getrosenen Mutes entgegensehen; wer in dieser Hinsicht skeptisch dachte, wer die Arbeiterchaft für noch zu schwach hielt, um dem heraufziehenden Sturm zu trotzen, den mühte die nächste Zukunft mit danger Sorge erfüllen. Da brach der Krieg aus und veränderte mit einem Schlag das ganze Bild.

In einem eigenen Kapitel zeigt Umbreit, welche Maßnahmen die Gewerkschaften durch den Krieg zu ergreifen genötigt waren, und schließlich formuliert er eine Reihe von Forderungen, die die Gewerkschaften nach Beendigung des Krieges an den Staat zu stellen haben werden.

Als Anhang enthält Umbreit's gehaltvolle Schrift den Abdruck zweier Berichte über die Verhandlungen jener Gewerkschaftskonferenz, die die Einsetzung der General-Kommission beschloß, sowie eine Reihe statistischer Tabellen und Diagramme. Besonders interessieren dürften unter diesen jene Tabellen, die einen Vergleich der Einnahmen und Ausgaben der gewerkschaftlichen Zentralverbände in den beiden Halbjahren 1914 ermbölichen.

Die Anschaffung und die Bekämpfung des auch äußerlich sehr gut ausgestatteten Buches wird für jeden Arbeiter eine wesentliche Bereicherung bedeuten. G. G. Fein.

Politische Uebersicht.

Graf Reventlow und das „Harburger Volksblatt“.

Bekanntlich hat die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ die Reden der Lords Loreburn und Courtney im englischen Oberhaus Stimmen in der Wüste genannt. Sie wollte damit sagen, daß man sich, so gut die Worte auch gemeint sein möchten, von ihnen keine praktische Wirkung versprechen dürfe, und zum Beweise dieser Auffassung stellte sie ihnen die Guildhall-Ansprachen dreier Minister entgegen.

In einem sozialdemokratischen Blatt muß sich das Organ der deutschen Regierung nun eine Belehrung gefallen lassen. Es sei nicht richtig, sagt das „Harburger Volksblatt“ — ohne freilich die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu nennen — einen allzu großen Gegensatz zwischen den Guildhallreden der Minister und den Oberhausreden der Lords anzunehmen. Die Minister hätten so sprechen müssen im Interesse der Verbündeten, die Lords aber hätten der Meinung aller maßgebenden Kreise Englands Ausdruck gegeben, die Deutschland in diesem Moment einen möglichst günstigen Frieden abtuschen wollten. Das „Harburger Volksblatt“ steht also ungefähr auf dem Standpunkt des Grafen Reventlow, der wie man sich erinnert, ebenfalls das Auftreten der alten Herren im Hause der Lords als raffinierte Unaufrichtigkeit hinstellte. Und unser Parteiblatt berührt sich mit dem alldeutschen Grafen nicht nur in seiner Kritik, sondern des weiteren dann auch in seinen praktischen Forderungen:

„Ein jedes Wort für den Frieden aus dem Munde ernsthafter und ehrlicher Persönlichkeiten ist willkommen. Alle Völker sehnen den Frieden herbei. Ein Frieden aber jetzt im Sinne Englands birgt höchstbedauerlich den Keim neuer Kriege in sich. Brauchte Deutschland allein nur nach dem Westen zu schauen, dann könnte es angefaßt seiner bewiesenen Stärke, in der sich England schwer verrecknet hat, auf einen blühigen Ausgleich nach jener Seite hin eingehen ohne besondere Furcht auf zukünftige neue Komplikationen. Aber da ist noch der an Menschenkraft und materiellen Werten unerschöpfliche Osten, der sich trotz der jetzt erhaltenen Schläge schneller wieder erholen wird als man denkt. Hier heißt es in die Zukunft schauen. Darum kann Deutschland nicht einen von England jetzt gewünschten Frieden eingehen, sondern muß sich weiter die Sicherungen schaffen, die zu seinem künftigen Bestande und Wiederaufstieg notwendig und möglich sind.“

Schade, daß das Harburger Blatt den Lords nicht sagt, wann und unter welchen Umständen sie nach seiner Meinung mit Friedensanstregungen kommen dürfen.

Schwedens Absichten.

Das konservative „Aftonblad“ zu Stockholm benutzt das Gastspiel der Reinhardttruppe, um einiges Grundfäßliche über die Beziehungen zwischen Schweden und Deutschland zu sagen. Seine Ausführungen sind deshalb beachtenswert, weil sie bei aller Sympathie für das Nachbarland gewisse Illusionen zerstören, die vielfach über die schwedische Politik gehegt wurden. Nicht ganz selten kann man in Deutschland die Meinung äußern hören, daß das schwedische Volk nur auf den Augenblick warte, wo es in die Möglichkeit versetzt werde, Finnland vom russischen Reich loszureißen, um es Schweden anzugliedern, und der Inhalt einer vor einigen Monaten erschienenen, stark verbreiteten Broschüre „Der nordische Knoten“ ist danach angetan, diesen Irrglauben zu verstärken. Da weist nun „Aftonbladets“ sehr kühl auf die ethnographische Zusammensetzung der Bevölkerung Finnlands hin, die einer derartigen Eroberungspolitik im Wege stehe.

Wohnen dort 400 000 Schweden, so finden sich dort auch 3 Millionen Finnen, die einer ganz anderen Rasse wie wir Schweden angehören — denn es sind ja Mongolen; und diese sprechen eine ganz andere Sprache, haben ganz andere Gedanken und Empfindungen wie wir Schweden und sind allzulange gegen die schwedische Bevölkerung feindlich gestimmt gewesen, als daß wir es wagen könnten, auf diesen Grundlagen eine gefährliche, politische Zukunft aufzubauen.“

Der Schweden Wunsch beschränkt sich nach dem „Aftonblad“ auf die „Befreiung“ Finnlands, wobei nicht näher ausgeführt wird, ob dieser Staat in irgend einer Form mit Rußland verbunden bleiben soll. Sie sähen es auch gern, wenn ihnen die Alandinseln zufielen, damit aber ist ihr Sehnen gestillt. Ihre Ziele hoffen sie zu erreichen, indem sie

in herzlicher Freundschaft zu Deutschland stehen, gegen das sie niemals zum Schwerte greifen würden, aber sie wollen ihre Neutralität bewahren, für die, wie das konservative Organ meint, ruhig denkende Deutsche ihnen dankbar sein müßten.

Der kleinen, aber lebhaften Gruppe der schwedischen „Aktivist“ werden diese nüchternen Betrachtungen nicht durchweg angenehm sein.

Der Landesausschuß der württembergischen National-Liberalen

war am Sonntag in Stuttgart verammelt und nahm Stellung zu den Fragen der Fürsorge für die Arbeiterfamilien, der Lebensmittelversorgung und zur politischen Lage. Ein Vortrag des Abgeordneten Reintath über die politische Lage lehnte sich vollständig an die Entschiedenheit der Zentralleitung der Partei an. Innerhalb des Reiches müsse die große Zeit die Beseitigung schädlicher Ueberreste alter Verpöterung, namentlich die Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen bringen.

Im Rudolstädter Landtag

wurde in der letzten Sitzung einstimmig ein Antrag angenommen, der die Mandate der Landtagsabgeordneten bis Ende 1916 verlängert. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein Regierungsvorschlag, der die Mandate der Stadtverordneten und Gemeinderäte um ein Jahr verlängert. Das Rotgesetz über vorzeitige Schulentlassung, welches das Ministerium ermächtigt, die Entlassung von Schülern aus der Schule ohne Rücksicht auf den achtjährigen Schulbesuch und auf die Vollendung des 14. Lebensjahres aus besonderen Gründen zu verfügen, wurde einstimmig angenommen, auch von der sozialdemokratischen Fraktion. Die von der Regierung vorgeschlagene Kapitalrentensteuer wurde einstimmig angenommen. Nach dem neuen Gesetz beträgt die Steuer von je vollen 100 M. des steuerpflichtigen Einkommens aus Kapitalvermögen bis 4000 M. 1,3 Proz., von 4100—8000 M. 1,5 Proz. und über 8100 M. 1,8 Proz.

„Burgfriedliche“ Stadtverordnetenwahlen.

Auch in der Stadt Dortmund ist es bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen zu einer Verständigung gekommen. Ein Wahlkampf findet nicht statt. Die Sozialdemokratie bezieht ihre drei Mandate, die sie vor sechs Jahren zum ersten Male eroberte und die sie unter anderen Umständen jetzt verteidigen müßte; ferner zwei Mandate in den neu eingemeindeten Bezirken. Der Vertrag zwischen Zentrum und Nationalliberalen, der vor zwei Jahren abgeschlossen und laut welchem das Zentrum die Stadtverordnetenmandate der Sozialdemokratie und die Nationalliberalen das Reichstagsmandat erhalten sollen, wurde für dies Jahr außer Kraft gesetzt.

„Burgfriedliche“ Wahlen finden auch in der Dortmund benachbarten Stadt Lünen statt. Hier treten die bürgerlichen Parteien zwei Mandate, eins in der dritten und eins in der zweiten Abteilung, an die Sozialdemokratie ab.

Gegen die Getreide-Einfuhrsperre.

Den Bedenken gegen das Einfuhrsperrensystem schließt sich jetzt einer der wissenschaftlichen Berater der Landwirtschaft an. In den offiziellen „Mitteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft“ gibt Professor Skalweit, ein Schüler von Professor Terung, zu, daß die Einfuhrsperre gelegentlich als Exportprämie ausgebeutet wurden, und führt dann weiter aus:

„Die bedenkliche Schattenseite, die ihm anhaftete, war nur die, daß es im Kriege verhängnisvoll werden konnte. Diesmal ist das zwar nicht geschehen, aber wäre der Krieg in einem Zeitpunkt ausgebrochen — sagen wir im Spätherbst —, so das ostdeutsche Getreide abgeführt worden war, ohne daß entsprechende Mengen ausländischen Getreides schon hereingekommen waren, so konnte Deutschland in eine schwierige Lage kommen. Diese Gefahr war zwar nicht unbeachtet geblieben, aber doch auf die leichte Käsel genommen worden. Zurzeit denken wir anders darüber. Der Wunsch, die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide möglichst aus eigenem zu bewirken, ist zu einer allgemein anerkannten Forderung geworden, daß es weniger denn je verstanden werden würde, wollte man auch in Zukunft guten deutschen Roggen ausführen, um amerikanischen Weizen dagegen einzutauschen. Mag das Getreide-Einfuhrsperrensystem, vom rein ökonomischen Standpunkt aus gesehen, noch so vorteilhaft sein, aus jenen Gründen und aus denen der militärischen Sicherheit wird man fordern müssen, daß die dadurch beförderte Kaufkraft aufgehört und den deutschen Ueberzugsgebieten durch Transporterleichterungen oder Art eine unmittelbare Abfuhr nach den westdeutschen Bedarfsgebieten ermöglicht wird.“

Es sind also nur militärische Bedenken, die Skalweit dazu veranlassen, die Forderung auf Beseitigung des Einfuhrsperrensystems zu erheben. Für uns sind die wirtschaftlichen und sozialen Rückwirkungen bei der Beurteilung des Systems mindestens ebenso ausschlaggebend. Aber da auch militärische Gründe die Aufhebung des Systems nahelegen, scheint uns eine Verwirklichung dieser Forderung in Zukunft unumgänglich.

Die Kartoffelnot.

Trotz aller Ablehnung werden seit Festsetzung der Höchstpreise die Kartoffeln von Produzenten und Händlern, großen und kleinen, zurückgehalten, in der Hoffnung, daß noch die festgesetzten Höchstpreise zu durchbrechen. Das hat in Kiel geradezu zu einer Kartoffelnot geführt. Auch in Rostock waren die Kartoffeln mit einem Male vom Markt wie weggeblasen. Wie rücksichtslos gewisse Händler vorgehen, zeigt ein Beispiel: ein Kartoffelhändler erklärte den Käufern, er habe keine Kartoffeln; bei der polizeilichen Kontrolle wurde festgestellt, daß sein Lagerkeller mit Vorräten angefüllt war. Die von den Interessenten hervorgerufene Kartoffelnot hat die Polizei veranlaßt, öffentlich die schärfsten Maßnahmen, Verhaftung, Schließung des Geschäftes und Eigentumsübertragung anzudrohen für alle, die sich weigern, Waren für den festgesetzten Höchstpreis abzugeben und die Waren absichtlich zurückhalten.

Kriegsgefangene Deutschrussen als ländliche Arbeiter.

Die Landwirtschaftskammer für Westfalen teilt mit, daß deutschrussische Kriegsgefangene demnächst als Knechte, Viehwäiter und Arbeiter für die Kriegsdauer gegen mäßige Entschädigung einzeln ohne Verwahrung unter persönlicher Verantwortung des Arbeitgebers zur Verfügung gestellt werden. In Betracht können Landwirte, in deren Bezirk noch das Feuerlingsverhältnis besteht; es handle sich um evangelische Gefangene, die in die Familie des Arbeitgebers aufgenommen werden sollen.

Aus der Partei.

Der Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie.

Von der Schweiz wird uns geschrieben:

Während der vor Jahresfrist in Bern abgehaltene schweizerische sozialdemokratische Parteitag ein solcher der Sammlung und Lebensüberwindung, der Stellungnahme gegen den Krieg und für die Wiederherstellung des Friedens war, wird der diesjährige in Aarau stattfindende ein solcher reicher positiver Arbeit sein und dadurch eine außerordentlich hohe Bedeutung erlangen.

Zu der seit Monaten eifrig und auch leidenschaftlich diskutierten Frage der abermaligen Parteireorganisation haben die Berner Genossen Anträge gestellt, nach denen in fakultativer Weise an den Orten mit mehreren Parteioorganisationen die kleineren Vereine mit den größeren verschmolzen werden sollen. Die einseitige Verschmelzungsmethode des Grütlivereins, keine seiner Sektionen preiszugeben und zu deren Gunsten die Auflösung der anderen zu betreiben, würde damit ausgeschaltet. Er selbst als Zentralorganisation soll ebenfalls aus dem organisatorischen Rahmen der Partei ausgeschaltet werden, indem er nicht mehr der Partei angehören soll, sondern seine Sektionen als unmittelbare Parteisektionen wie alle anderen sozialdemokratischen Organisationen auch. Als logische Folge dieser Aenderung des bisherigen Organisationsverhältnisses erscheint dann der weitere Antrag, daß der Grütliverein nicht mehr 5 Mitglieder in die eifrigere Geschäftsleitung der Partei wählen kann, sondern der Parteitag selbst ganz frei die 11 Mitglieder wählt. Damit wird dann endlich ein schwer empfindender undemokratischer Zustand in der Partei beseitigt. Der Grütliverein will jede Parteireorganisation ablehnen, um seine Privilegien zu behalten. Der Parteivorstand beantragt, die Parteireorganisation grundsätzlich zu beschließen und die Geschäftsleitung wünscht vom Parteitag den Auftrag, dem Parteitag 1918 einen Reorganisationsentwurf vorzulegen.

Zu seinem Referat über die Wirtschaftspolitik und Finanzreform des Bundes legt Genosse Wullschläger-Wasel dem Parteitag umfangreiche Zeitsätze vor, in denen er zunächst die Politik des Bundes betont, in Verbindung mit den Kantonen, Gemeinden, Konsumvereinen usw. in Friedens- und Kriegszeiten durch geeignete Einrichtungen und Maßnahmen, so auch durch das staatliche Getreidemonopol ohne alle fiskalischen und andere brotberaubende Tendenzen, die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen usw. sicherzustellen. Die Bundesverwaltung soll durch den Abbau der schwerfälligen und kostspieligen Bürokratie vereinfacht und verbilligt werden. Die Pölle werden beantragt als ungerechte indirekte Konsumsteuern, die Fiskalzüge als Erdölsteuern der Handelsvertragsunterhandlungen, aber es werden ihnen keine bestimmten Forderungen entgegengestellt. Dagegen werden direkte Bundessteuern auf Vermögen und Einkommen natürlicher und juristischer Personen gefordert. Indirekte Steuern, wie Tabak- und Biersteuer, werden abgelehnt und dem Tabakmonopol und anderen Monopolen nur zugestimmt, wenn sie den von der sozialdemokratischen Partei aufgestellten Bedingungen entsprechen, so namentlich ihre Erträge für sozialpolitische Zwecke (Alters- und Invalidenversicherung usw.) verwendet werden. Damit decken sich im wesentlichen auch die Anträge der Berner Genossen, die aber gleichzeitig die Ergreifung einer Verfassungsinitiative zur Einführung einer direkten und progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer mit ausreichendem steuerfreien Existenzminimum und amtlicher Inventarisierung verlangen. Die Geschäftsleitung erklärt sich mit allen diesen Anträgen einverstanden. Sie stimmt auch dem Vorschlag der Züricher Genossen auf ein Initiativbegehren betreffend Abschaffung des Militärrichts und der Militärgerichtsbarkeit in Friedenszeiten zu, ebenso dem Initiativbegehren der Lugerner Genossen betreffend die gesamte Ausrüstung der Soldaten auf staatliche Kosten und Gleichstellung der Offiziere und Mannschaften mit der Verpflegung und Bekleidung. Grütliamer von Zürich-Wiedikon wollen den sozialdemokratischen Abgeordneten durch Parteitagbeschluss verboten wissen, das Bundes- und insbesondere Militärbudget abzulehnen, denn das sei „undemokratisch, unsozialistisch und unschweizerisch“. Die Geschäftsleitung ist gegen diesen Antrag und will in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand die Stellungnahme zum Militärbudget auf einen Parteitag nach dem Kriege verschieben.

Der sozialdemokratische Frauenverein Bern beantragt die Ergreifung der Initiative für die Einführung des Frauenstimmrechts im Bunde. Der Antrag soll der Geschäftsleitung zur Prüfung überwiesen werden und der Antrag des Arbeiterinnenvereins Zürich auf Schaffung eines Bundesgesetzes zum Schutze der Arbeitnehmer mit Minimallohn und Lohnmännern der sozialdemokratischen Nationalratsfraktion.

Zwei Anträge wollen aus der Parteikasse der sozialdemokratischen Jugendorganisation einen Jahresbeitrag von 1500 Fr. bewilligt haben.

In bezug auf die Zimmerwalder Konferenz stehen sich die Anträge der Züricher und Neuenburger Genossen sowie der Kinderheit der Geschäftsleitung auf Zustimmung und der Mehrheit der Geschäftsleitung auf Ablehnung gegenüber.

Parteireorganisation und vier eidgenössische Initiativbegehren! Der Aargauer Parteitag hat reiche und bedeutungsvolle Arbeit zu leisten.

Professor Dr. Erdmann gestorben.

Der alte Schweizer Genosse Professor Erdmann, Stadtrat und Vorsteher des Gesundheitsamtes in Zürich, ist im Alter von nahezu 73 Jahren gestorben. Genosse Gresslich widmet ihm im Zürcher „Volkrecht“ folgenden vorläufigen Nachruf:

Geboren 1842, studierte Erdmann Medizin und wurde schon früh Sozialist. 1869 gab er eine Professur in Berlin heraus „Verbrechen und Strafe“, durchaus sozialistisch gehalten. 1870 und später gehörte er der Internationalen Sektion Zürich als eifriges Mitglied an. Dann ergriff er die akademische Laufbahn in Russland, das ihm zur zweiten Heimat wurde. Ueber 20 Jahre war er Professor der Hygiene an der Universität Moskau und wurde zu einer in Russland allgemein anerkannten Autorität in diesem Fach. 1895 wurde er von dem reaktionären Ministerium gemahregelt und kam nach Zürich. Hier hätte er am liebsten seine akademische Laufbahn fortgesetzt, aber der Lehrstuhl war nicht offen. Er war der erste Präsident der von den Gewerkschaften gebildeten Arbeitskammer mit Lehninger als händiger Sekretär, die 1897 eröffnet wurde. Etwas gegen seine Neigung ließ er sich bei einer Ertragswahl im November 1901 als Kandidat für den Stadtrat aufstellen in der Hoffnung, nicht gewählt zu werden. Seine Wahl erfolgte, und er erfüllte die auf ihn gelegten Pflichten als Vorsteher des Gesundheitswesens in vollstem Maße.

Erdmann war nicht nur ein durchgebildeter und konsequenter Sozialist, sondern auch als Mensch eine edle Natur, hilfsreich und gut.

Damenwahlrecht.

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht hat eine Ariegstagung abgehalten. Bei dem bekannten Ruhebedürfnis dieser Organisation besonders in den letzten Jahren, mußte die durch keinerlei äußere Ereignisse begründete plötzliche Enderhebung einer regelrechten Generalversammlung auffallen. Was ging da vor? Wolte man etwa miteinander einen großzügigen Plan für Friedensarbeit besprechen? Ach bewahre, das tut der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht nicht, denn auch die französischen Stimmrechtlerinnen lehnen jede Friedenspropaganda ab. Das könnte als Schwäche der Militärmacht des betreffenden Landes ausgelegt werden. Und da keine von den Organisationen den Anfang machen will, so darf man damit rechnen, daß die politischen Frauen des deutschen und französischen Bürgerturns ihre Kameradinnen aufzureden werden für eine

Verständigung und für den Frieden zu arbeiten, wenn einmal der Friedensvertrag fertig zur Ratifizierung vorliegt. Wie sich das gehört!

Aber was mag es wichtiges gegeben haben? Geburtenstill? Die hat der Bund Deutscher Frauenvereine schon behandelt. Ueber die weibliche Dienstpflicht hat man nebenher etwas gehört. Aber der Kern der Verhandlungen, die Frage, um derenwillen die Mitglieder zusammenberufen wurden, das war die Einigung der deutschen Frauenstimmrechtbewegung. Unsere Leser und Leserinnen erinnern sich vielleicht noch, wie im Herbst 1912 heftige Kämpfe um die Frage des allgemeinen Wahlrechts den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht erschütterten. Damals bereits wurde von dem erweiterten Vorstand oder Beirat beschlossen, die Forderung des gleichen Wahlrechts fallen zu lassen. Eine Anzahl von Mitgliedern schied daraufhin aus. Eine später stattfindende Generalversammlung hätte zwar die alte Forderung, aber es fand sich nur deshalb keine Mehrheit für die Aenderung, weil die verschiedenen Gruppen, die die Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch eine weniger demokratische ersetzen wollten, sich nicht einigen konnten.

Wir haben voraus, wie die Entwicklung weitergehen würde, aber als wir es aussprachen, daß in nicht allzulanger Zeit die Forderung endgültig beseitigt und damit die Bahn für das Zusammengehen mit der durchweg nationalliberalen Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht frei sein werde, entrüstete man sich auf der Seite der bürgerlichen Frauen gar sehr.

Nun ist es so weit. Die Abspaltung eines dritten Frauenstimmrechtsverbandes, des Deutschen Frauenstimmrechtsbundes unter Führung von Dr. Anita Augspurg erleichterte den Entschluß. Die radikaleren Mitglieder waren zu dieser Organisation gestoßen, und so waren im Deutschen Verband für Frauenstimmrecht keine erheblichen Widerstände gegen eine Rechtsabwendung mehr zu befürchten. Die Generalversammlung in Dresden am 12. November hat denn auch die Verschmelzung mit der Deutschen Vereinigung für Frauenstimmrecht grundsätzlich beschlossen. Eine Kommission soll die endgültige Verschmelzung vorbereiten, das heißt das Einigungsprogramm ausarbeiten und die technischen Fragen lösen.

Wie die grundlegende Programmforderung später lauten soll, darüber sagen die Presseberichte nichts. Aber es ist auch ganz gleichgültig, ob man einfach „das Wahlrecht für die Frauen“ oder „Staatsbürgerrechte“ in den Satzungen verlangen will. Unter beiden Forderungen kann sich jeder denken was er will; auch die Frau, die für sich politische Rechte fordert, sie den arbeitenden Frauen aber versagen will, kann sie unterzeichnen. Und darauf kommt es an. Man will die Frauenwahlrechtsbewegung salonfähig machen.

Die Arbeiterinnen können dieser Entwicklung der bürgerlichen Frauenwahlrechtsbewegung gleichgültig zusehen. Ihr Weg geht auf ein anderes Ziel. Sie wollen nicht einigen wenigen zu politischen Rechten verhelfen, sie wollen für alle — für Männer und Frauen — die volle politische Gleichberechtigung, denn sie wollen politische Macht, um mit größerem Nachdruck für die Durchsetzung sozialistischer Ideen und Forderungen wirken zu können.

Parteigenossen

Wer bet unermüdet für die politische und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterschaft!

Halte Treue Euren Organisationen

Soziales.

Klagen polnischer Arbeiter.

Von Arbeitern, die aus den von deutschen Truppen besetzten Gebieten Polens nach Berlin zur Arbeit vermittelt werden, kann man öfter hören, daß sie sich enttäuscht fühlen, weil ihr hiesiges Arbeitsverhältnis ihren Erwartungen nicht entspricht. Solche Enttäuschungen kamen auch zum Ausdruck in einer Klage, welche vor der Kammer 3 des Gewerbegerichts verhandelt wurde.

Gegen die Tiefbaufirma Frihe u. Co. aus Magdeburg, die am Bahnhof Gesundbrunnen in Berlin Arbeiten ausführt, klagten sechs der deutschen Sprache unkundige polnische Arbeiter, vertreten durch einen Angestellten der Polnischen Berufsvereinigung. Wie der Vertreter ausführte, sind die Kläger aus Warschau nach hier übermietet. In Warschau soll ihnen versichert worden sein, daß sie, die sämtlich gelernte Handwerker sind, hier in ihrem Beruf beschäftigt werden. Sehr enttäuscht seien die Kläger gewesen, daß sie bei der beklagten Firma Erarbeiten verrichten mußten. Die Behandlung der Kläger durch den Schachmeister sei entwürdigend gewesen. Der Schachmeister habe die Benutzung des Abortes verboten. Zwei Kläger habe er geschlagen und die übrigen mit Schlägen bedroht. Sogar mit einer eierernen Wertschneide habe der Schachmeister zu schlagen gedroht. Die Kläger hätten sich wegen dieser Behandlung an die Polizei gewandt und dort den Bescheid bekommen, wenn sie so behandelt werden, dann könnten sie aufhören. Die Kläger haben dann aufgehört. Die Firma hat ihnen den fälligen Lohn nicht ausgezahlt und auch die amtlichen Legitimationskarten zurückgehalten, ohne welche die Kläger weder Arbeit finden noch abreisen können. Die Kläger fordern Zahlung des Lohnes, Herausgabe der Legitimationskarten und Schadenersatz für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Die beklagte Firma fordert dagegen von den Klägern die von ihr ausgelegten Reisekosten im Betrage von je 80 M. Da der Lohn, welchen die Kläger zu fordern haben, diesen Betrag nicht erreicht, so verlangt die Firma, daß die Kläger ihr nicht nur den verdienten Lohn überlassen, sondern auch den Rest der Reisekosten abarbeiten. Ehe das nicht geschehen ist, will die Firma die Legitimationskarten nicht herausgeben. Im übrigen behauptet der Inhaber der Firma, er habe den polnischen Arbeitern, von denen er 80 beschäftige, das größte Entgegenkommen und die weitgehendste Fürsorge bewiesen. Aber im allgemeinen sei schwer mit ihnen auszukommen. Man könne mit ihnen nicht so umgehen wie mit deutschen Arbeitern. Einige von ihnen seien furchtbar faul. Die werbe der Schachmeister vielleicht mit Drohung von Schlägen zur Arbeit angefeuert haben. Der Abort sei von den Leuten angegriffen worden, um sich von der Arbeit zu drücken. Deshalb habe der Schachmeister einen Aufpasser vor dem Abort aufgestellt. Wenn sich die Kläger, ehe sie aufhören, an ihn, den Inhaber der Firma gewandt hätten, dann würde er begründete Klagen gewiß berücksichtigt haben. Durch einen schriftlichen Arbeitsvertrag, der ihnen auf dem Grenzamt in Ostrowo vorgelesen worden sei, hätten sich die Kläger ihm für die Dauer des Krieges

verpflichtet und ihm die Reisekosten zu erstatten, falls sie vorher aufhören. — Ein Vertrag dieses Inhalts wurde dem Gericht als Beweismittel vorgelegt.

Das Gericht beurteilte die beklagte Firma, den Klägern die Legitimationspapiere herauszugeben und den schuldigen Lohn auszus zahlen. Auf die Widerklage hin wurden die Kläger verurteilt, der Firma die Reisekosten von je 80 M. zu erstatten. Mit ihren Schadenersatzansprüchen wurden die Kläger abgewiesen, weil das Gericht der Ansicht ist, sie hätten nicht nötig gehabt, die Arbeit niederzulegen, obgleich sie Grund hatten, sich über das Verhalten des Schachmeisters zu beschlagen. Sie hätten sich deswegen an den Arbeitgeber wenden und so die Arbeitsniederlegung vermeiden können.

Die Fehde mit doppelter Kreide notiert.

Ein Kellner, der im Weinrestaurant von Gebr. Habel, Unter den Linden, tätig war und ohne Kündigung entlassen wurde, klagte beim Gewerbegericht auf Schadenersatz. Die beklagte Firma erklärte die Entlassung für begründet, weil der Kläger den Gästen mehr berechnet habe, als sie zu zahlen hatten. Herausgestellt hat sich dies, als Staatsminister a. D. v. Podbielski eine Fehde bezahlen wollte, die er nach einer Ausschüttung mit mehreren Freunden gemacht hatte. Bei dieser Gelegenheit hatte der Kellner für vier Flaschen Sekt und zwei Flaschen Sacheringer 4,50 Mark zuviel gefordert. Einer aus der Tafelrunde des Herrn v. Podbielski hatte diese Differenz entdeckt. Dadurch kam sie zur Kenntnis des Geschäftsführers und der Kellner wurde entlassen. Er bestritt, eine betrügerische Absicht gehabt zu haben und führt die Differenz auf einen in der Eile begangenen Irrtum zurück. Der Vertreter der Firma behauptet dagegen, der Kläger habe sich derartige Unredlichkeiten auch in anderen Fällen zuschulden kommen lassen. Nachgewiesen wurde durch das Zeugnis eines anderen Kellners, daß sich der Kläger in einem Fall für eine Tasse Wodka, die 75 Pf. kostet, 1 M. bezahlen ließ. — Hiernach erklärte das Gericht die fündigungslose Entlassung für berechtigt. Der Kläger nahm schließlich die Klage zurück.

Aus aller Welt.

Nur Jnder!

Amilich, Berlin, 14. November. Der Leutnant der Reserve Schophaus beim 2. Ersatz-Bataillon des Inf.-Reg. Nr. 39 hat seinem Truppenteil die folgende dienstliche Meldung erstattet:

Während meines Kommandos als stellvertretender Adjutant der Bahnhofs-Kommandantur Opladen hatte ich am 8. und 9. Oktober Gelegenheit, mich mit englischen und französischen Gefangenen zu unterhalten, die Anfang dieses Monats in den Kämpfen bei Loos in deutsche Hände gefallen waren. Durch längeren Aufenthalt in England der englischen Sprache mächtig, unterhielt ich mich mit den englischen Offizieren der Kitchener-Armee über die letzten Kämpfe in Flandern und Nordfrankreich. Hierbei machte mir ein englischer Oberleutnant von einem Londoner Regiment folgende, für die Verwendung und Wertschätzung der farbigen Hilfssoldaten in der englischen Armee recht beachtenswerte Mitteilungen: In den Kämpfen um Loos haben die Engländer nach heftigem Artilleriefeuer und nach Verwendung von giftigen Gasen, in der Voraussetzung, daß die deutschen Stellungen sturmreif seien, zuerst die indischen Truppen zum Angriff vorausgeschickt. Als diese Truppen jedoch bei ihrem Vorgehen heftiges Feuer erhielten und schwere Verluste erlitten, wurden ungeachtet der überaus zahlreichen verwundeten und der wenigen unerseht gebliebenen Leute weitere giftige Gaswolken vorgezogen, so daß die Verwundeten usw. elend umkamen. Dann erst wurden die englischen Soldaten zum Angriff eingesetzt. Auf meine Frage, ob eine derartige rückwärtslose Behandlung der eigenen Truppen nicht verwerflich sei, meinte der englische Oberleutnant spöttisch: „O, es sind ja nur Jnder!“

Untergangenes Schiff.

London, 15. November. (W. T. W.) Die „Lloyds“ meldet, ist der spanische Dampfer „Vernabe“ (2263 Tonnen), von Cardiff nach Bordeaux unterwegs, unweit Bordeaux mit einer Besatzung von 10 Mann verloren gegangen.

Familien drama in Dresden. In der Nacht zum Montag hat sich in Dresden ein Familien drama zugetragen. Die Arbeitersehefrau Selma Säuberlich gab ihren drei Kindern Gift und trank dann selbst von der Flüssigkeit. Während die beiden älteren Kinder gerettet werden konnten, waren die Mutter und das jüngste Kind, als sie heute früh aufgefunden wurden, bereits tot.

Ein Förster von Wildbieben erschossen. Am Sonnabend vor-mittag wurde, wie aus Rattowitz gemeldet wird, der Förster Waleczki aus Gieschwald an einer versteckten Stelle mitten im Forst an der Aem, schon seit Jahrzehnten nicht mehr betriebenen Postbahn Emanuelöfen—Gieschwald an einer vertieften Stelle des Bahndamms mit einer Schußwunde in der Brust tot aufgefunden. Der Förster ist vermutlich von Wildbieben erschossen worden.

Mit einem geheimnisvollen Verbrechen beschäftigte sich die Dort-munder Kriminalpolizei. In einem Steinbruch bei Schüren fand man die Leiche einer besser gekleideten Frau, die das Genick gebrochen hatte. Ermittlungen ergaben, daß sie aus Essen stammt und von dort aus einem unbekanntem Grunde verschwunden war. Ihr Ehemann befand sich in großer Sorge um sie und hatte ihr rätselhaftes Verschwinden bereits bei der Polizei angezeigt. Die Dort-munder Kriminalpolizei ist auf Grund der bis jetzt gemachten Feststellungen zu der Ansicht gelangt, daß die Frau nach Schüren geschlo worden ist und dort in den tiefen Steinbruch hinabgeworfen wurde.

Der Bilderfälscher Lehmann verhaftet. Mitte Oktober wurde bekanntlich in München der aus Plegnitz stammende Maler Willi Lehmann als Fälscher von Anas, Defregger, W. v. Diez, Godler, v. Keller, Welti-Bildern usw. entlarvt. Als die Polizei zur Verhaftung schritten wollte, war der Fälscher nebst seiner Familie verschwunden. Nun ist, wie von Zürich aus der Münchener Polizeidirektion telegraphisch mitgeteilt wurde, Lehmann in Zürich verhaftet worden. Der gegen Lehmanns Frau, Ida Lehmann, erlassene Haftbefehl konnte noch nicht vollzogen werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Wittwochmittag. Zeitweile kälter, jedoch kühl und sehr veränderlich, mit öfter wiederholten, im allgemeinen geringen Regen- oder Schneefällen. In der Nacht zum Wittwoch leichter Frost.

Taschenbuchspiel

Vollständig mit Anleitung
Leicht in der Tasche u. im Tornister zu tragen

Preis 50 Pfennig
Porto 10 Pfennig

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Aus Groß-Berlin.

Die billige Quelle.

Eine der schwersten Aufgaben hat heute die Arbeiterfrau zu erfüllen. Sie soll mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln haushalten, soll alles heranziehen und herrichten, was zur Verrichtung des Haushalts erforderlich ist. Die Lösung dieser Aufgabe ist eine äußerst schwierige; am schwierigsten die Beschaffung des Lebensunterhalts. Die wichtigsten Lebensmittel stehen hoch im Preise. Da muß kalkuliert und eingeteilt werden, da gibt es Kopfschmerzen über den Einkauf und über die Zubereitung des Essens. Jeden Tag soll etwas auf dem Tisch stehen und das magere Portemonnaie schrumpft von jedem Ausgabe erschreckend zusammen.

Die Hauptsache ist und bleibt der Einkauf. Die größte Sorge ist die nach billiger Einkaufsmöglichkeit. Da werden die großen Zeitungsinserte der Lebensmittelgeschäfte durchgesehen um herauszufinden, wie hoch die Preise für Gemüse und bestimmte Fleischwaren sind. Auch andere Lebensmittelpreise, insbesondere solche für Marmeladen als Ersatzmittel der Butter und der Fette werden genau durchgemustert. Der Weg in die Halle ist vielfach umsonst, denn viele Hausfrauen kehren enttäuscht über die hohen Preise ohne Waren zurück. Überall wird Umschau gehalten, wo das Fleisch oder auch sonstige Lebensmittel am billigsten zu haben sind. Einer erkundigt sich beim andern. Und wenn der Kauf vollzogen ist, ist die Ausgabe immer noch zu hoch. Man bekommt nichts mehr für sein Geld! hört man allseitig rufen. Oft wird ein weiter Weg angetreten, um einige Pfennige billiger einzukaufen zu können. Oft aber muß auch stundenlang gewartet werden, ehe man in der „billigen Quelle“ seinen Kauf gemacht hat. Das kann man an den „billigen Tagen“ in manchen großen Lebensmittelgeschäften beobachten. In manchen Fleischhandlungen erhält man eine ganz „anständige Knochenbeilage“, und wenn man sich den Preis richtig berechnet, ist man auch da hineingefallen. Schlimm ist es mit den Eiern bestellt; sie sind nicht nur sehr teuer, sondern es kommt auch noch vor, daß schlechte Eier hier und dort nicht zurückgenommen werden, obwohl der Käufer doch brauchbare Ware verlangt hat.

Nicht ganz so schlimm als auf dem Gebiete des Lebensmittelmarktes sind die Verhältnisse auf dem Gebiete der Bekleidung. Am schwersten ist noch die Beschaffung von Schuhwerk. Die Preise für Schuhe und Stiefeln, selbst für Reparaturen, sind für einen Arbeiterhaushalt kaum erschwinglich. Und da kommt es dann noch vor, daß Käufer noch besonders übers Ohr gehauen werden. Kürzlich zeigte uns eine Arbeiterfrau voller Erregung ein Paar Schuhe für ein zwölfjähriges Kind, die sie für 11 M. 50 Pf. erstanden hatte, die aber noch an der Sohle den früheren Preisvermerk von 7,50 M. trugen. Danach sind die Schuhe ohne weiteres in Rücksicht auf die gestiegenen Lederpreise „umgeschrieben“ worden, obwohl das Leder zu diesen Schuhen keine Preisänderung erfahren hatte.

Mit der Kleidung hat man eher noch Auswahl. Die großen Konfektionsgeschäfte suchen sich durch reiche Auswahl der Situation am besten anzupassen, und reichlich ist das Angebot im Inseratenteil der Zeitungen. Wenn man auch nicht immer genau nach den angekündigten Preisen gehen kann und gut tut, da und dort etwas zuzulegen, um nicht gerade die schlechteste Qualität zu kaufen, so kann man doch immerhin bei der herrschenden Konkurrenz noch manche billige Quelle entdecken. So mancher, der früher nur Maßanzüge vorzog, geht heute nach dem Konfektionsgeschäft und wählt aus, was er braucht, und mancher andere ist wiederum froh, nach einem „Monatsanzug“ sich zulegen zu können.

Leblich die Fülle oder die Leere des Portemonnaies ist für den Kauf entscheidend.

Der falsche Geldheber.

Ein Hausbesitzer K. ist von einem falschen Geldheber schwer geschädigt worden. In mehreren seiner Häuser sind Herrn K. Wasserrechnungen und Leitungen über Kanalisationsgebühren präsentiert worden, bei denen der Stempel des Erhebers oder Vorstehers fehlt, bei denen aber der Stempel „Städtisches Werk-einziehungsamt“ vorhanden ist. Da auch die Formulare den bei den städtischen Werken üblichen gleichen, sind die Rechnungen anstandslos bezahlt worden. Hinterher sind die Beträge nochmals eingefordert worden und auf seinen Einwand, daß die Gelder doch offenbar von einem Angestellten der Werke kassiert sein müssen, ist dem Hausbesitzer ein vom Oberbürgermeister unterzeichnetes Schreiben gegangen, das folgenden, auch für weitere Kreise interessanten Sachverhalt enthält:

Anfolge der zahlreichen Einberufungen städtischer Beamten zum Geerdienst sind wir genötigt gewesen, einen verhältnismäßig großen Teil des städtischen Personals der Werk-einziehungsabteilung durch Hilfskräfte zu ersetzen, so daß sich zurzeit unter 125 Geldhebern 87 oder rund 70 Proz. und unter 37 Buchhalterinnen und Buchhalterinnen 32 oder 86 Proz. Hilfskräfte befinden. Dazu kommt, daß die Hilfskräfte häufig wechseln, und wir bei ihrer Annahme meist nur eine beschränkte Auswahl haben und vielfach auch mit weniger geeigneten Kräften arbeiten müssen. Diese ungünstigen Verhältnisse lassen es erklärlich erscheinen, daß in dem umfangreichen Geschäftsbetriebe der Werk-einziehungsabteilung, in dem vierteljährlich rund 550 000 Rechnungen und Gebührensquittungen einzuziehen sind, vier ausgefüllte Rechnungs- und Leitungsordrücke, eben die Ihnen vorgelegten, abhandeln kommen können, ohne daß ihr Fehlen irgendwie bemerkt wurde. Als es später beim Vierteljahrsabschluss festgestellt wurde, haben die Nachforschungen weder zu einer Aufklärung des Vorfalls geführt, noch einen Verdacht gegen eine bestimmte Person begründen können. Das wird verständlich, wenn in Betracht gezogen wird, daß die ausgefüllten Vordrucke nicht bis zur Übergabe an die Geldheber dauernd unter Verluß gehalten werden können, sondern zur Vorbereitung der Einziehung an mehreren Stellen bearbeitet werden müssen und dort unter Umständen dem ganzen Personal der Werk-einziehungsabteilung zugänglich sind. Deshalb haben wir, um zu verhindern, daß solche Vordrucke zur unbefugten Einziehung der Beträge mißbraucht werden, durch einen in die Augen fallenden Vermerk auf den Vordrucken darauf hingewiesen, daß die Leitungen nur gültig sind, wenn sie mit dem Amtssiegel des Vorstehers oder eines Erhebers der Werk-einziehungsabteilung nebst Unterschriftsabdruck versehen sind. Leider haben Sie diesen Vermerk, der vor 6 Jahren eingeführt ist, bei Prüfung der Ihnen vorgelegten 4 Rechnungen und Leitungsordrücke nicht beachtet. Wir sind hiernach nicht in der Lage, von der Forderung Abstand zu nehmen, erlauben Sie vielmehr um baldige Abführung des Betrages an die Werk-einziehungsabteilung. Zur Warnung für Interessenten sei die Sachlage mitgeteilt.

Höchstpreisüberschreitungen beim Schweineeinkauf.

Die Preisnotierungen des Berliner Schlachtviehmarktes vom letzten Sonnabend haben ergeben, daß in einzelnen Fällen Schweine über den gesetzlichen Höchstpreis hinaus bezahlt worden sind. Es gilt dies für die geringeren Sorten im Gewicht von unter 80 Kilogramm. Der Vorgang wird damit begründet,

daß manche Fleischer unter allen Umständen bemüht gewesen seien, Schweine zu erhalten, um ihren Verpflichtungen auf Grund bestehender Lieferungsverträge gerecht werden zu können. Eine solche Entschuldigung kann aber vor dem Praesens des Gesetzes nicht standhalten und es ist daher an die Direktion des Vieh- und Schlachthofes vom Magistrat die Anordnung ergangen, zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen des Höchstpreisgesetzes in jedem Falle zur strafrechtlichen Verfolgung zu bringen. Die Strafverfolgung wird gegen alle Beteiligten gerichtet werden. Mit derselben Schärfe werden die zuständigen Stellen gegen die Ladenschlichter vorgehen, die gegen die Vorschriften des Höchstpreisgesetzes verstoßen.

Fleischverkauf am fleischlosen Dienstag.

In Rücksicht auf den dem fleischlosen Dienstag folgenden Bußtag hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg folgende Verfügung erlassen: Ich lasse in Berlin für kommenden Dienstag die Verabfolgung von Fleisch, Fleischwaren und Speisen, die aus Fleisch bestehen, an Verbraucher in Läden und offenen Verkaufsstätten zu. Bezüglich der Gast-, Schank- und Speisewirtschaften verbleibt es bei dem bestehenden Verbot.

Kontrolle der Wohlfahrtsammlungen.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Wiederholt ist darüber Klage geführt worden, daß von Haus zu Haus Zeichnungslisten umlaufen, durch die anscheinend Vorpenden zu Kriegswohlfahrtszwecken gesammelt werden sollen, während sie in Wirklichkeit dem Verkauf von Bildern, Postkarten, Marken usw. dienen. Die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915, betreffend die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege, vorgeschriebenen Listen weisen bereits deutlich darauf hin, daß es sich um Vertriebe von Gegenständen handelt. Verkäufe in gleichzeitiger Verbindung mit Sammlungen für Kriegswohlfahrtszwecke sind verboten.

Um jedoch unläuterer Machenschaften der Verkäufer und Verkäuferinnen nach Möglichkeit entgegenzutreten, dürfen vom 1. Dezember 1915 ab beim Vertriebe von Gegenständen zu Kriegswohlfahrtszwecken nur noch Listen mitgeführt werden, die am Kopf jeder Seite deutlich den Aufdruck tragen:

„Nur Verkauf von... (Postkarten usw.).“
Den Verkäufern ist die Annahme von Beträgen über den Verkaufspreis hinaus — Sammlung — untersagt.“ Außerdem müssen die Verkäufer und Verkäuferinnen polizeilich abgestempelte Ausweise bei sich führen.

Ohne tatkräftige Mithilfe des Publikums lassen sich Uebertretungen schwer feststellen. Es wird deshalb gebeten, bei Aufsuchen nicht vorschriftsmäßiger Listen nach dem 1. Dezember 1915 beim Vertriebe von Gegenständen zu Kriegswohlfahrtszwecken Namen und Wohnsitz des Verkäufers oder der Verkäuferin aus dem genannten Ausweise festzustellen und mündlich oder schriftlich dem nächsten Polizeikreiser mitzuteilen.

Vorgeldammlungen von Haus zu Haus, sogenannte Hauskollekten, dürfen nur mittels besonderer Listen erfolgen, die mit dem Kollektstempel des Polizeipräsidenten Berlin versehen sind.

Wer ist der Tote? Am 11. November 1915 ist im Charlottenburger Verbindungskanal an der Schleusenbrücke Seestraße die Leiche eines unbekanntem Mannes gelandet worden. Derselbe hatte anscheinend schon wochenlang im Wasser gelegen. Der Mann ist 40 bis 45 Jahre alt, 1,75 Meter groß, schlank und hat blondes, grau meliertes Haar sowie gestutzten schwarzen Schnurrbart. Bekleidet war die Leiche mit einem zweireihigen schwarzen Jackett, schwarzer Phantasiweste mit schwarzen Knöpfen und kleinen Sternen, schwarzgestreifter Hose, schwarze blau punktierte Selbstbinder, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schnürschuhen.

Kein Notbuch für 1916. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, von einer Neuausgabe der Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung, des sogenannten „Notbuchs“, für 1916 abzusehen, da infolge des durch den Krieg verursachten starken Personalwechsels, insbesondere auch unter den städtischen Ehrenbeamten, eine sichere Unterlage für amtliche Angaben in dieser Personalnachweisung nicht zu gewinnen sein wird.

Strafenunfälle. Beim Abbringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist am Sonntag der 67jährige Jakob Bartuschke verunglückt. Er verließ an der Ecke der Leipziger und Charlottenstraße einen Triebwagen der Linie 43 während der Fahrt und kam dabei zu Fall. Er trug eine Gehirnerschütterung und eine Kopfwunde davon und mußte nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus gebracht werden. — Zu einem Zusammenstoß eines Brauerwagens mit einem Straßenbahnwagen kam es am Montag gegen 1/4 Uhr in Charlottenburg. Der Brauerwagen bog an der Ecke der Berliner und Ballstraße vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie N. auf das Gleis und wurde angefahren. Infolge des Anpralls stürzte der Aufsicht der Aufsicht vor seinem Sitz und erlitt eine Gehirnerschütterung und Luetigungen des Rückens. Der Verwundete fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme. — Ein weiterer Unfall ereignete sich in der Brunnenstraße. Vor dem Hause Nr. 3 wollte der Arbeiter Georg Schulz unmittelbar vor einem in der Richtung nach Noabit verkehrenden Straßenbahnwagen der Ringlinie 5 das Gleis überschreiten, wurde dabei aber umgestoßen. Der Arbeiter geriet unter den Schuttrahmen und zog sich eine Luetigung der rechten Schulter sowie erhebliche Hautabschürfungen an den Armen und Händen zu. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Abendheime. Die Heime für Frauen und Mädchen, deren Adressen wir gestern veröffentlichten, sind, wie wir nachträglich erfahren haben, mit wenig Ausnahmen rein konfessioneller Natur. Jetzt hat die Kriegshilfsstelle in Charlottenburg im Hause Charlottenburger Ufer 3, ein Abendheim eingerichtet, dessen Räume für jedermann von 6—10 Uhr abends unentgeltlich offen stehen. Auch in Reulöden, Vergt. 29. Laden, wird vom Nat. Frauendienst und Vaterländischen Frauenverein am Donnerstag ein Heim eröffnet, das täglich von 7—10 Uhr geöffnet ist. Die Räume hat der Magistrat von Reulöden zur Verfügung gestellt.

Kleine Nachrichten. Verhaftet wurde ein siebzehnjähriges Mädchen in einer Herberge in der Kopenpenstraße, wo es einem Kinde das Leben gegeben hatte. Das Kind wurde in einem Abort erstickt aufgefunden. — Ein Warenhändler bestell telephonisch Waren, nimmt sie dem Voten ab und verschwindet damit. Der Schwindler ist noch nicht gefast, er hat aber seine Schwindeleien in einer ganzen Reihe von Fällen erfolgreich betrieben.

Aus den Gemeinden.

Umtausch von Milcharten in Schöneberg.

Nachdem der Reichsfinanzminister bestimmt hat, daß nicht nur einjährige Kinder, sondern alle Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre mit einem Liter Milch vorzugsweise bedürftig zu werden müssen, hat der Schöneberger Magistrat seine Brotkommissionen angewiesen, die bereits verteilten 1/2 Literarten für die nach dem 15. November 1915 geborenen Kinder in 1 Literarten umzutauschen. Beim Umtausch ist die polizeiliche Anmeldung oder ein sonstiger Ausweis über das Alter der Kinder vorzulegen.

Erhöhte Teuerungszulagen in Steglitz.

In geheimer Sitzung beschloß die Gemeindevertretung: Es erhalten:

- a) Einmalige Teuerungszulagen alle Beamten und Angestellten der Gemeinde einschließlich der Lehrpersonen (jedoch mit Aus-

schluß der Kriegshilfskräfte), sofern sie verheiratet sind, ein steuerpflichtiges Einkommen bis 2000 M. haben, und zwar, wenn sie an der bisherigen Teuerungszulage von monatlich 10 M. nicht beteiligt waren, einmalig 75 M. und für jedes Kind unter 16 Jahren einmalig 15 M.; wenn sie bisher schon die Teuerungszulage von 10 M. monatlich erhalten, einmalig 50 M. ohne Rücksicht auf die Kinderzahl (neben der weiterbestehenden laufenden Teuerungszulage von 10 M. monatlich bei Einkommen bis zu 2000 bzw. 2200 M.). b) Laufende Teuerungszulagen mit Wirkung vom 1. Oktober 1915 ab zunächst bis 31. März 1916 alle ständigen und nichtständigen (Kriegshilfskräfte) Arbeiter der Gemeinde, und zwar ledige und verheiratete funderlose Arbeiter monatlich 10 M., Arbeiter mit 1 und 2 Kindern unter 16 Jahren 15 M., mit 3 und 4 Kindern 20 M., mit 5 und mehr Kindern 25 M.

Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes sind auch jetzt wieder von der Teuerungszulage ausgeschlossen worden, da ihnen schon vor längerer Zeit eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde zugestimmt wurde.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Der Verein Arbeiterjugendheim Charlottenburg hält Donnerstag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr, im Jugendheim seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ragenstein „Kunst und Arbeiterjugend“. 2. Bericht des Genossen Ragenstein. 3. Wahl.

Oberhenscheweide. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Köchlich, Rathausstraße Ecke Schillerpromenade: Mitgliederversammlung. Mitgliedsbuch legitimiert.

Tichterode. Heute Dienstag, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Bahrendorf, Hindenburgdamm 104: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ledebour. 2. Ersatzwahl des Vorstandes.

Nowawes. Freitag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Volksgarten“ die Mitgliederversammlung des Baptovereins statt, Mitgliedsbuch legitimiert.

Jugendveranstaltungen.

Oberhenscheweide. Mittwoch (Bußtag), abends 8 Uhr, im Jugendheim: Vortrag des Genossen Ragenstein über die Kirche im Mittelalter.

Sonntag, den 21. November, vormittags 11 Uhr: Bekämpfung des Verfallszustandes unter sachmännlicher Leitung. Abfahrt von Niederschöneweide 10.10 Uhr vom Hauptbahnhof.

Adlershof. Morgen Mittwoch, den 17. November, findet eine Partie nach den Wäldern statt. Treffpunkt: nachmittags 2 Uhr im Jugendheim Wilmersd. 31.

Friedrichshagen. Mittwoch (Bußtag), nachmittags 5 Uhr, findet in der Reptom-Sternwarte ein Vortrag „Polarbilder und Polarjagden“ statt. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr im Jugendheim, bei schlechtem Wetter um 3 Uhr. Der angekündigte Vortrag fällt an diesem Tage aus.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Treptow-Baumhulsenweg. Heute Dienstag, den 16. November, abends 6 Uhr, im Rathaus, Neue Krugallee 3—5.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Berichtszeitung.

Betrügerische Heereslieferanten.

Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber begann gestern der von uns schon angekündigte große Prozeß, bei dem es sich um behauptete große Unregelmäßigkeiten bei Heereslieferungen handelt. Die Anklage richtet sich in erster Linie gegen den Kaufmann Arne Jacoby in Berlin und den Kaufmann Karl Kohn in München, die sich seit mehreren Monaten in militärischer Sicherheitshaft befinden, außerdem gegen fünf Angeklagte, die sich der Beihilfe zu den Verfehlungen der beiden Hauptangeklagten schuldig gemacht haben sollen. Es sind dies: der Kaufmann Ernst Schmidt in Mariendorf, Handlungsgehilfe Wilhelm Lehmann in Berlin, Lagerist und Schuhmacher Wolfgang Herz in München, Lagerist und Schuhmacher Franz Eyseler in München, Kaufmann Fritz Jacoby in Berlin und Reisender Joseph Kohn in München.

Vor Eintritt in die materielle Verhandlung stellt der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Lieber die Frage zur Erörterung, ob ein Ausschluss der Öffentlichkeit geboten sei.

Wegen den Ausschluss der Öffentlichkeit sprach sich in längerer Rede Staatsanwalt Gutzjahr aus, indem er u. a. den Standpunkt vertrat, daß grundsätzlich in voller Öffentlichkeit unter Verlassung der Presse im weitesten Maße verhandelt werden möge.

Nachdem die Verteidiger sämtlich für Ausschluss der Öffentlichkeit eingetreten, beschließt das Gericht: die Öffentlichkeit auszuschließen, weil sich eine Gefährdung der Staatssicherheit befürchten läßt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 350 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie: Gren.- bzw. Inf.- bzw. Pz.-Regimenter Nr. 12, 14, 17, 18, 26 bis einschl. 31, 33, 34, 35, 38, 39, 40, 41, 42 bis einschl. 46, 49, 51, 53, 54, 55, 56, 62, 63, 65, 66, 69, 70, 77, 78, 79, 81, 82, 83 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 83), 86 (f. Inf.-Reg. Nr. 75), 88, 91, 96, 100, 111 (f. Inf.-Reg. Nr. 28 und Inf.-Reg. Nr. 111), 113 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 111), 141 (f. Inf.-Reg. Nr. 343), 152, 153, 158 (f. Inf.-Reg. Nr. 335), 160, 163, 164 (f. Inf.-Reg. Nr. 216), 169 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 111), 170 (f. Inf.-Reg. Nr. 111), 175 (f. Inf.-Reg. Nr. 843), 382 bis einschl. 386, 341, 342, 343, 344 und Regiment v. Arnatowski. Inf.-Regimenter Nr. 12, 28 bis einschl. 32, 34, 35, 46, 51, 52, 55, 56, 64, 65, 66, 67, 71, 74 bis einschl. 78, 80, 81, 82 (f. auch Landw.-Inf.-Reg. Nr. 83), 111, 216, 219, 252. Inf.-Regimenter Nr. 28, Königsberg Nr. 1 (f. Inf.-Reg. Nr. 28), v. Ruhbaum, v. Ruhbaum, Landw.-Regimenter Nr. 1 (siehe Inf.-Reg. v. Arnatowski), 5 (f. Inf.-Reg. Nr. 342), 26, 28, 31, 33, 34, 38, 39, 46, 47, 51, 53, 55, 56, 75, 76, 77, 81, 83. Landw.-Inf.-Bataillone: 1. Scharlowitz (siehe Inf.-Reg. v. Arnatowski), 1. Tilfit (f. Inf.-Reg. v. Ruhbaum), 3. Tilfit (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 28). Zusammengefaßtes Landw.-Inf.-Bat. Marienwerder-Rastenburg (f. Inf.-Reg. v. Arnatowski). Festungs-Nachschutzens-Abt. Nr. 10 Königsberg (f. Inf.-Reg. v. Ruhbaum); Feld-Nachschutzens-Abt. Nr. 64 (f. Inf.-Reg. Nr. 219), 202 (f. Inf.-Reg. Nr. 334).

Kavallerie: Husaren-Reg. Nr. 10 (f. Inf.-Reg. Nr. 26).

1. Landst.-Eskadr. des 1. Armeekorps (f. Inf.-Reg. v. Arnatowski). Feldartillerie: Reg. Nr. 227 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 28); Reg. Nr. 18.

Die sächsische Verlustliste Nr. 225 meldet Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 102, 107, 177, 178; Inf.-Regimenter Nr. 101, 102, 104, 106; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 102, 133; Inf.-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Inf.-Reg. Nr. 12; Pionier-Bataillone: I. Nr. 12, 22; II. Nr. 12; Pionier-Komp. Nr. 115; Scheinverferzug Nr. 115.

Der Schluß der württembergischen Verlustliste Nr. 208 veröffentlicht Verluste des Gren.- und Landw.-Inf.-Reg. Nr. 123; Inf.-Regimenter Nr. 124, 125; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 126; Inf.-Reg. Nr. 127. Feldart.-Reg. Nr. 116; 1 und 3. Landw.-Pionier-Komp.; Fernspr.-Abt. Nr. 13; Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 7; Landw.-Feldlazarett Nr. 25. Verluste durch Krankheiten usw. Verletzungen früherer Verlustlisten.

Die württembergische Verlustliste Nr. 209 enthält Verluste des Inf.-Reg. Nr. 122. Verletzungen früherer Verlustlisten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Beiratsstelle findet die Abonnement-Karte, 3. IV. 1915...

— S. 2. 35. 1. Winkels 3 R. monatlich. 2. Der Wert oder Wert...

Ihren Anspruch nicht, wenn Sie bis zur Beendigung des Krieges...

Eingegangene Druckschriften.

Schreibweise Kriegsbeiste. Heft 2: Die Fingebewegung und...

Deutscher Holzarbeiterverband. Zehntelstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht...

Zentralverband der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Offizielle Berlin I.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Wilmersdorf. Die Vertreter der Arbeitgeber und...

Ordentlichen Ausschuss-Sitzung am Freitag, den 26. November 1915, abends 8 Uhr...

Kriegs-Postkarten für die Front. Wir liefern unseren Soldaten die neuesten Kriegs-Postkarten...

August Heinze. Pflanzers Straße 19 im Alter von 51 Jahren gestorben ist.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe (Deutscher Schriftsetzer-Bund).

Anna Jancke geb. Seeliger. Bei der Einlieferung, lag sie allen Beteiligten, insbesondere Herrn...

Uppige Figur. Ichöne volle Körperformen erlangen Damen in meist überraschend kurzer Zeit...

Verkäufe. Kaugesuche. Zahngelüste! Druckgold! Silberlacken, Platinabfälle, Quecksilber...

Deutscher Metallarbeiter-Vorband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht...

Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Perlin.

Blumen- und Kranzbinderi von Robert Meyer. Am: P. Goltes Marienaustr. 3. Tel. Mpl. 346.

Heines Werke. 3 Bände 4 Mark. Buchhandlung Vorwärts.

Unterricht. Teilschüler an einem englischen Institut für Anfänger werden gesucht...

Rudolf Schumann. Weihenstephan, Berliner Allee 11, am 12. d. M. gestorben ist.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Perlin. Am 13. November verstarb nach langer Krankheit...

Kohlrüben. Gehr. Maseat, Breslau 7. Teleph. 2922 - dagegen kaufen Hen, Kartoffeln.

Keinen Merger mit Augengläsern zu haben, ist ein Glück, das sonst nur wenigen beschieden ist...

Verschiedenes. Patentanwalt Müller, Gütlicherstraße 16.

Reinhold Hilgendorf. am 12. d. Mts. an Mastdarmskrebs gestorben ist.

Alfons Gräber. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. 1908.

Keinen Merger mit Augengläsern. Wir garantieren einfach für Zufriedenheit.

Möbel. Möbel gegen jede Art Kasse sehr preiswert zu verkaufen...

Vermietungen. Zimmer. Angenehmes Heim findet Herr. Stime Sorger, Schwedterstraße 236.

August Heinze. am 12. d. Mts. im 52. Lebensjahre nach schwerer Krankheit im Krankenhaus verstorben ist.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein der Bau- und gewerblichen Arbeiter Berlins und Umgegend.

Keinen Merger mit Augengläsern. Wir garantieren einfach für Zufriedenheit.

Möbel. Möbel! Für Leute die gänzlich Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Stellengesuche. Kaufmann, Anfang 30, militärisch, durchaus firm in Buchhaltung...

Karl Reimer. Zahnklinikmonteur. Wir werden seiner Feils gebenedelt!

Anna Mänz. am 11. 11. 15 nachmittags gestorben ist.

Keinen Merger mit Augengläsern. Wir garantieren einfach für Zufriedenheit.

Möbel. Möbel! Für Leute die gänzlich Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Kaufmann, Anfang 30, militärisch, durchaus firm in Buchhaltung...

Alfons Gräber. am 10. Oktober 1915 als Dpler des Weltkriegs gestorben ist.

Anna Mänz. am 11. 11. 15 nachmittags gestorben ist.

Keinen Merger mit Augengläsern. Wir garantieren einfach für Zufriedenheit.

Möbel. Möbel! Für Leute die gänzlich Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen...

Chauffeurs. Munit-Körbe 98. einige Korbmacher werden eingestellt bei Kramer, Wallstr. 25.